Lesestoff in Coronazeiten

PilseseeNachrichten

März/April 2021

213. Ausgabe

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

hätte man uns vor zwei Jahren gesagt, dass es bald völlig normal sein würde, wenn sich Freunde, Vereinsmitglieder, Arbeitskollegen, Geschäftspartner und Politiker nur noch per Videokonferenz treffen, dass gemütliche Stunden im Wirtshaus oder Café nicht mehr möglich sein und dass wir nicht einmal mehr unbeschwert zum Einkaufen gehen können - wir hätten es nicht geglaubt.
Auch, dass unverhofft und ohne jede Vorwarnung unzählige Betriebe, Ladengeschäfte, Firmen und andere Gewerbebetriebe um ihre Existenz fürchten, wäre vor zwei Jahren noch undenkbar gewesen. Und hatten wir damals nicht die wenigen Touristen aus Asien belächelt, die versuchten, sich mit einer Maske im europäischen Alltag zu schützen? Wir ahnten nicht, dass auch wir in Kürze zu einem Volk der Maskenträger werden würden. Ja, es hat sich viel verändert seit dem Jahr 2020.
Und da besondere Zeiten besondere Maßnahmen erfordern, informiert Sie die Seefelder SPD nun mit dieser Sonderausgabe.
Wir sind gespannt, ob sie Ihnen gefällt und freuen uns sehr über Ihre Rückmeldungen.
Ihr SPD-Ortsverein

Themen in dieser Ausgabe:

Wie uns die Pandemie verändert	S. 1
Notwendige Korrektur der Einkommensverteilung	S. 2
Das Lieferkettengesetz	S. 3
Seefeld wird Fair Trade-Gemeinde	S. 3
Der Finanzausschuss	S. 4
Schulkonzept für Hechendorf	S. 4
Plädoyer fürs Tempolimit	S. 5
Pandemie und Kultur in Seefeld	S. 6
Informationen aus dem Gemeinderat	S. 8
Wie geht es weiter im Gemeinderat?	S. 10
Was macht der Bauausschuss?	S. 10
Das Nahwärmenetz	S. 11
Mitfahrerbank	S. 11
Carmen Wegge kandidiert für den Bundestag	S. 12
Öffentlicher Bücherschrank	S. 12
SPD-Stammtisch online	S. 14
Wie kommt ein Engländer zur SPD?	S. 13
Sicherer Hafen Seefeld	S. 15
Ein Zimmer für Flüchtlinge	S. 15
Was am Ende bleibt	S. 16
Blühende Äcker und Wegränder	S. 17
Bernhard Neumüller jr. im Gespräch	S. 18
Am Aubach: Biber & Sandarium	S. 19
Der Umwelt- und Energieausschuss	S. 20
PV-Status im Landkreis	S. 20
Impressum	**S. 2**

Brüchig geworden, wie das Eis am Aubach im Januar 2021, sind in der Pandemie auch viele Sicherheiten, die bis vor einem Jahr als selbstverständlich galten.

Corona – Sicherheiten, wie brüchiges Eis

Wie uns die Pandemie verändert

von Ute Dorschner

Inzidenzwert, Reproduktionszahl, exponentielles Wachstum, mRNA-Impfstoff ... was haben wir nicht alles in einem Jahr gelernt. Längst jonglieren wir mit Fachbegriffen, als wären wir Virologen im ersten „Lehrjahr“. Die Pandemie beherrscht unseren Alltag und nur weil der Großteil der Bevölkerung den Lockdown seit November 2020 geduldig mitgemacht hat, sind die Infektionszahlen in den ersten beiden Monaten des Jahres 2021 wieder gesunken. Wer das Virus leugnet, sorgt dafür, dass es sich mitsamt seinen Mutationen ungebremst weiter ausbreiten kann. Und das kann nun wirklich niemand gebrauchen.

Nicht die Familien, in denen die Abstandsregelungen längst eine neue „Corona-Distanz“ verursacht haben. Liebevolle, bedenkenlose Umarmungen der Großeltern sind letztlich nur noch nach erfolgtem Schnelltest möglich. Die so entstandene Unsicherheit hat sich längst wie Gift in die Beziehungen eingeschlichen und prägt sie zunehmend mehr.

Auch nicht die „kleinen“ Händler und Gewerbetreibenden, die oft für die Folgen der Pandemie mit ihrem Privatvermögen aufkommen müssen, und nicht mehr wissen, wie sie die Krise überstehen sollen, weil staatliche Hilfen spät oder gar nicht kommen. Dazu begünstigt das Zauberwort „Onlinehandel“ im Wesentlichen nur die großen und größten der Branche. So hat Amazon während der Pandemie die Gewinne fast verdreifacht. Gerecht ist das nicht.

Und nicht zuletzt sind es auch die Künstler, die Kreativen und alle, die ihnen zuarbeiten, die von der Pandemie betroffen sind. Im Landkreis Starnberg ist es die Gesellschaft für Wirtschafts - und Tourismusentwicklung „gwt“ , die wenigstens etwas versucht, die verheerenden Folgen

Fortsetzung Seite 2

Link zur Seite der Seefelder SPD:

Fortsetzung von Seite 1

der Pandemie für die Kreativwirtschaft abzufedern. Beispiel hierfür ist die Aktion „Ins Wasser gefallen“ vom vergangenen Sommer (29.07. bis 05.08.2020). https://ins-wasser-gefallen.de Doch auch solche eher kleinen, positiven Aktionen können nicht darüber hinwegtäuschen, wie existentiell bedrohlich die Pandemie für viele ist.

Wie wird sich die fehlende räumliche und körperliche Nähe auf unser weiteres Leben auswirken? Wie werden sich unsere Städte verändern? Wie unser Freizeitverhalten? Und vor allem: Welche Firmen und welche Künstler werden die Krise überhaupt überstehen?

Sicher ist, dass sich unser Leben jetzt schon merklich verändert hat. Und sicher ist auch, dass wir mit dem Virus leben werden und uns trotz des Virus‘ einen möglichst unbeschwerten Alltag „zurückholen“ müssen. Die Lösung darf allerdings nicht die fahrlässige Leugnung der Gefährdung sein. Vielmehr werden eine große Impfbereitschaft und der freiwillige Verzicht auf unbedachte Nähe hoffentlich helfen, das Virus zukünftig „in Schach zu halten“. Verschwinden wird es höchstwahrscheinlich nicht.

Illustrationen dieser Ausgabe:

Weil die Kinder in der Pandemie und auch in unserer Zeitung häufig zu kurz kommen, haben wir Kinder und Jugendliche gebeten, etwas für unsere besondere Zeitung zu zeichnen.
Alle nicht namentlich gekennzeichneten Fotos: Ute Dorschner

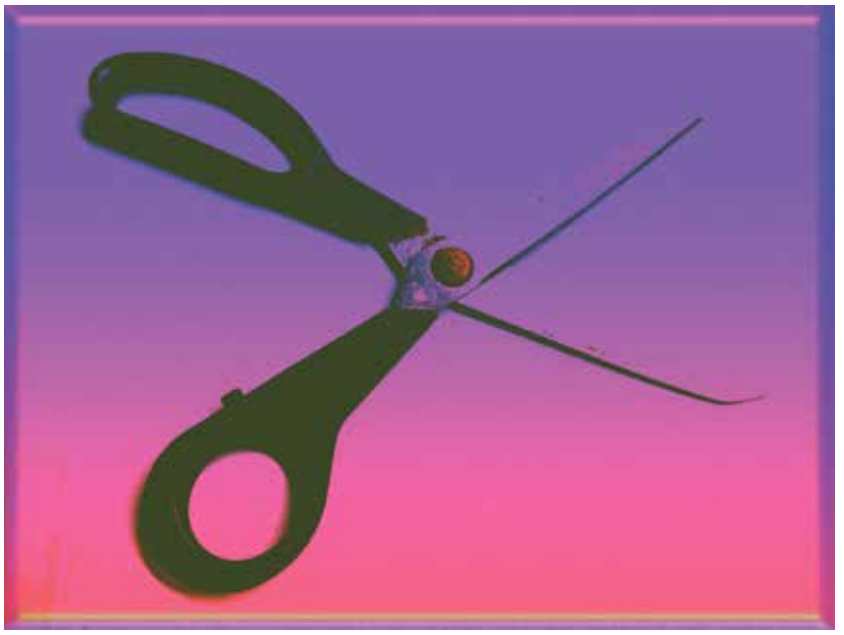
Impressum

- SPD- Ortsverein Seefeld
- Internet: www.spd-seefeld-oberbayern.de
- Layout: Ute Dorschner
- Druck: Presse-Druck Augsburg; Presse-Druck- und Verlags-GmbH Curt-Frenzel-Str. 2 86167 Augsburg
- v.i.S.d.P. Marion Koppelmann, Münchner Straße 1D, 82229 Seefeld

Corona-Krise als Gelegenheit

Notwendige Korrektur der Einkommensverteilung in Deutschland

von Wolfgang Niemann



Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auf!

Wer trägt die immensen Kosten der Pandemie?

Die Corona-Pandemie hat zur Erhaltung und Wiederbelebung der Wirtschaft den Staat mit immensen Kosten belastet. Die Bundesregierung hat sich für Olaf Scholzens „WUMMS“ entschieden, aber es ist noch nicht klar, wer letztendlich diese Lasten tragen soll!

Meine Befürchtung ist, dass „der kleine Mann“ wieder einmal zur Kasse gebeten wird, obwohl unermesslicher Reichtum in Händen von nur wenigen Personen vorhanden ist, aus dem diese Lasten locker finanziert werden könnten! Die wohl unsozialste Lösung wäre eine drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer, denn dann würden im Verhältnis zum Einkommen die Ärmsten am stärksten belastet.

Im Gespräch ist auch noch der Vorschlag von Wirtschaftsminister Altmaier, das Tafelsilber des Bundes zu verscherbeln, also Anteile des Bundes an Deutschen Unternehmen. Am Beispiel der Gesundheitspolitik, die mit einer Privatisierung von Einrichtungen der Gesundheitspflege die „Gesundheit der Bürger“ dem kapitalistischen Profitprinzip unterworfen hat, wurde deutlich gezeigt, dass dies zu keinen guten Ergebnissen führt! Profit kommt zuerst, dann die Gesundheit! Einsparungen am Personal, Schließung von z.B. Kinderkrankenhäusern, weil nicht profitabel etc.

Wir schlagen deshalb auf unserer Web-Seite eine andere Lösung vor und haben darüber hinaus eine Petition (http://chng.it/NRY6gQjj) ins Leben gerufen, um deren Unterstützung per Unterschrift und Weiterverbreitung wir Sie bitten.

In der Sorge, dass die immensen Kosten der Corona-Krise womöglich aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden sollen – und weil der SPD-Ortsverein Seefeld der Meinung ist, dass hier eine Gelegenheit besteht, die gigantische Fehlentwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland zu korrigieren, hat der Vorstand beschlossen, die folgenden Wünsche / Forderungen über den zuständigen Betreuungsabgeordneten Michael Schrodi an die SPD-Bundestagsfraktion heranzutragen:

Der SPD-Ortsverein Seefeld möchte:

- Die Finanzierung der zur Lösung der Corona-Krise erforderlichen Ausgaben vorwiegend durch ein Lastenausgleichsgesetz (eine einmalige Vermögensabgabe, wie nach dem Zweiten Weltkrieg).
- Bei allen Ausgaben muss geprüft werden, inwieweit sie dazu beitragen können, auch die Klimakrise zu bewältigen (Nachhaltigkeit).
- Internationale Konzerne (DAX-Unternehmen) sollen nur Hilfe erhalten,

a) wenn sie selbst nicht über genügend liquide Mittel verfügen [bestens mit Liquidität sind versorgt z.B. VW (25 Mrd €), BMW (12 Mrd €), Daimler (18 Mrd €)]. Diese Unternehmen könnten z.B. das Kurzarbeitergeld selbst tragen.
b) wenn sie keine Dividenden ausschütten und die Bezüge der Vorstände angemessen senken,
c) wenn sie die gängige Praxis, über Steueroasen Steuervermeidung zu betreiben, nicht sofort abstellen (soweit bekannt ist, tun das alle DAX-Konzerne)
d) wenn sie die nach deutschem Recht geltenden Mitbestimmungsrechte durch Anwendung des Europäischen Rechts (Societas Europaea, SE, seit 2004 möglich) nicht umgehen. Wer vom deutschen Staat Hilfe in Anspruche nehmen will, muss sich auch dem deutschen Mitbestimmungsrecht unterwerfen!

Die Corona-Katastrophe muss zum Anlass genommen werden, die Kontrolle über das vorhandene Vermögen in unserer Volkswirtschaft zu gewinnen. Zur Zeit verfügen nur private Institutionen über die dafür nötigen Register. Es ist höchste Zeit, das in staatliche Hand zu überführen.
Die Corona-Krise macht auch das Nachdenken über die Unternehmensverfassungen mit Haftungsbeschränkungen auf das Unternehmenskapital erforderlich. Das sind Unternehmensverfassungen, die es zulassen, die erzielten Gewinne beliebig aus den Unternehmen zu entnehmen (gilt vor allem für Aktiengesellschaften) und, wenn es sich um große Arbeitgeber handelt, die bei drohendem Konkurs zur Erhaltung der Arbeitsplätze gerne auf staatliche Hilfe zurückzugreifen (Privatisierung der Gewinne, Verstaatlichung der Verluste).
Diese Praxis führt zu einer Überschwemmung der Finanzmärkte (und zu Finanzblasen wie 2008) und fehlenden Investitionen in der Volkswirtschaft. Es wäre sinnvoll, die Gewinnentnahme gesetzlich zu regulieren und andere Unternehmensverfassungen (Stiftungen, Genossenschaften etc., auch Modelle mit stärkerer Beteiligung der Arbeitnehmer an den Gewinnen) zu fördern.

Wiedereinführung der Vermögenssteuer (jährliche Abgabe im Gegensatz zum Lastenausgleich) für Großvermögen

Der französische Nationalökonom Thomas Piketty hat nachgewiesen, dass die Renditen dieser Großvermögen wesentlich höher sind, als die der Eigentümer normaler Vermögen, sodass die Vermögenssteuer aus den Renditen finanziert werden könnte (also die Vermögenssubstanz nicht angegriffen werden muss).

Für mehr Gerechtigkeit

Das Lieferketten-Gesetz

von Ernst Deiringer

Zur Erinnerung ein Zitat aus dem Regierungsprogramm der SPD 2017-2021:

„Deshalb setzt sich die SPD weiter weltweit für menschenwürdige Arbeit ein. Dazu gehört – auch im Rahmen einer konsequenten Umsetzung des Nationalen Aktionsplans ‚Wirtschaft und Menschenrechte'– eine Ausweitung der Unternehmensverantwortung. Dies umfasst eine verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflicht von Unternehmen, die Rechenschafts- und Transparenzpflichten für Unternehmen entlang der Lieferketten mit einschließt, den Auf- und Ausbau von sozialen Sicherungssystemen und die Einführung von lebenssichernden Löhnen, um soziale Menschenrechte flächendeckend zu sichern."

Zum Ende der Legislaturperiode 2017 - 2021 hat es die SPD gerade noch geschafft, dieses Vorhaben auf den parlamentarischen Weg zu bringen. Die Widerstände dagegen waren fundamental und heftig, insbesondere von Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) und den Wirtschaftsverbänden. Einen Verbündeten fand Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) in Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU). „Einen Durchbruch zur Stärkung der Menschenrechte" nannte Hubertus Heil diesen Gesetzentwurf bei der Pressekonferenz vom 12.02.2021.

Seit 2016 gibt es zwar den „Nationalen Aktionsplan Wirtschafts- und Menschenrechte" (NAP), der aber bisher nicht einmal von jedem fünften der großen deutschen Unternehmen eingehalten wird. Dabei geht es in diesem Aktionsplan nicht zuletzt auch um etwa 150 Millionen Kinder, die zur Arbeit gezwungen werden und um rund 25 Millionen Menschen, die gezwungen sind, unter widrigsten Verhältnissen arbeiten zu müssen. Da hier Freiwilligkeit und unternehmerische Selbstverpflichtung nicht ausreicht, sind gesetzliche Regelungen längst überfällig.

Bei der Vorstellung des Gesetzesentwurfs verwies Hubertus Heil auch auf Artikel 1 des Grundgesetzes, "Die Würde des Menschen ist unantastbar" und betonte, dass das neue

Mehr Gerechtigkeit durch fairen Handel weltweit

„Lieferketten-Gesetz" für mehr Gerechtigkeit und fairen Handel sorgen solle. Den Aufwand für die Unternehmen bezifferte der Minister dabei als durchaus verhältnismäßig.

Als Seefelder SPD-Ortsverein begrüßen wir die Beharrlichkeit von Hubertus Heil und hoffen, dass der Regierungsentwurf im parlamentarischen Verfahren nicht „verwässert" wird, damit in Zukunft die Einhaltung international anerkannter Sozial- und Umweltstandards erfolgreicher umgesetzt werden kann, als es bisher der Fall ist.

Seefeld wird Fair Trade-Gemeinde

von Doris Kömmling

Fair gehandelte Schokolade - nur ein Beispiel für viele Produkte

Im Mai 2019 machte sich die Gemeinde Seefeld mit einem Gemeinderatsbeschluss auf den Weg Fair Trade-Gemeinde zu werden.

Damit sich eine Gemeinde „Fair Trade-Kommune" nennen darf müssen in einer Gemeinde unserer Größenordnung, also mit gut 7.000 Einwohnern, laut Transfair e.V. folgende Kriterien erfüllt werden:

Drei Einzelhändler und zwei Gastronomiebetriebe bieten mindestens zwei unterschiedliche Fair Trade-Produkte an.

Eine Kirchengemeinde, ein Verein und eine Schule am Ort verwenden Fair Trade-Produkte und setzen sich auch inhaltlich mit dem Thema auseinander.

Auch die Gemeindeverwaltung hat den Beschluss umgesetzt: Es wird nun nur noch Fair Trade-Kaffee getrunken und auch der Zucker kommt aus fairem Handel. In den Gemeinderatssitzungen und im Vorzimmer des Bürgermeisters werden Nüsse und kleine Süßigkeiten aus fairem Handel angeboten. Das ist ein guter Anfang für eine nachhaltige Beschaffung in unserer Gemeinde.

Seit Juli 2019 hat sich die Steuerungsgruppe, die sich quer durch die Fraktionen, aus Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammensetzt, viele Male getroffen. Meistens persönlich im Sitzungssaal, manchmal auch virtuell im Internet. In vielen Gesprächen haben wir mit Gastronomiebetrieben, Vereinen, Einzelhändlern und den Kirchen gesprochen und gemeinsam die Formulare für die Zertifizierung ausgefüllt. Im September 2020 veranstalteten wir im Zuge der bundesweiten Aktion „Faire Woche" unsere erste faire Radtour in der Gemeinde.

Die strengen Kriterien von Trans Fair sind nun erfüllt, die Bewerbung ist von Bürgermeister Kögel unterschrieben und unterwegs. Die ersten Nachfragen von der Zertifizierungsstelle können gut bearbeitet werden. Bald schon kann sich die Gemeinde Seefeld wohl Fair Trade-Town nennen.

Was ist Fair Trade eigentlich?

Fair gehandelte Produkte erfüllen Standards:

- Sicherheit für die Produzent*innen durch stabile Mindestpreise
- Eine Prämie für Gemeinschaftsprojekte
- Die Förderung von Gleichberechtigung (wie gewerkschaftlicher Organisation oder demokratischer Strukturen)
- Geregelte Arbeitsbedingungen
- Der Schutz natürlicher Ressourcen und umweltschonender Anbau
- Das Verbot ausbeuterischer Kinderarbeit

Fairer Handel bedeutet :

- Eine gerechtere Bezahlung für die Arbeit der Landwirt*innen zu leisten – ob im Berchtesgadener Land, in von der Mafia befreiten Gebieten in Sizilien oder in Ghana, in Subsahara-Afrika
- abseits von internationalen Handelsverträgen mit ihrem kolonialen Erbe gerechtere Wirtschaftsbeziehungen zu stärken,
- eine Möglichkeit im Alltag Menschen im globalen Süden auf Augenhöhe zu begegnen,
- meine Macht als Konsumentin oder Konsument wahrzunehmen .

Fortsetzung Seite 4

In Seefeld bekommen Sie bei diesen Gastronomiebetrieben, Einzelhändlern und Institutionen mindestens zwei verschiedene Fair Trade-Produkte:

- **Ginder in Hechendorf**
- **Edeka in Seefeld**
- **Kokon in Seefeld**
- **Sepperlwirt in Meiling**
- **Kino Breitwand im Schloss Seefeld**
- **Strandbad Pilsensee in Hechendorf**
- **Grundschule am Pilsensee**
- **Nachbarschaftshilfe Seefeld e.V.**
- **Katholische Kirche Peter & Paul in Seefeld**
- **Gemeinde Seefeld**

Vereinzelte Fair Trade-Produkte erhalten Sie auch bei **„Die Welt der Gewürze"** und in der **„Feinkochwerk Eatery"** in Hechendorf.

In den Geschäften sind klassische und besondere Fair Trade-Produkte erhältlich: von Kaffee, Tee und Zucker über Schokokekse und Orangensaft bis hin zu Brotkörben. In den Gastronomiebetrieben erhalten Sie vor allem Eis und Schokolade, Wein, Kaffee und Zucker in Fair Trade-Qualität.

Fortsetzung von Seite 3

Wie erkenne ich Fair Trade-Produkte?

Entweder ein Produkt ist über ein Siegel / Label zertifiziert oder es wurde von einem „fairen-Handel-Unternehmen“ produziert.

Dazu zählen mehrere Unternehmen. Sie stehen mit ihrer gesamten Unternehmensphilosophie hinter den Grundsätzen des fairen Handels.

Wollen Sie mehr über fairen Handel wissen? Dann finden Sie viele Informationen im Internet:
www.forum-fairer-handel.de
www.fairtrade-deutschland.de
Wollen Sie bei der Fair Trade-Planungsgruppe in Seefeld mitmachen? Dann melden Sie sich einfach bei mir, Doris Kömmling, der Vorsitzenden der Steuerungsgruppe. (Mail: doris.koemmling@gmx.de) .
Oder treffen wir uns vielleicht auch auf dem Eichenallee-Fest?

Schokolade - fair und gut!

Ein sehr wichtiger Ausschuss

Der Finanzausschuss

von Martin Dameris

Zeichnung: Moritz, 16 Jahre

Die erste Sitzung des neu zusammengesetzten Finanzausschusses fand am 16. Juni 2020 statt. Der Kämmerer, Herr Spengler, gab einen Überblick auf die vor allem durch die Corona-Krise angespannte Finanzsituation der Gemeinde. Dazu gab es eine ausführliche Beschreibung und anschließende Beratung. Zu diesem Zeitpunkt war die Entwicklung der Steuereinnahmen im laufenden Jahr unklar. Es wurde der Finanzplan intensiv angesehen und auf mögliche Einsparungen durchgesehen. So konnten beispielsweise einige Posten identifiziert werden, die auf die nächsten Jahre verschoben wurden. Die SPD schlug eine zusätzliche Sitzung des Ausschusses in diesem Jahr vor, um eine Zwischenbilanz zu erstellen. Ziel ist die Finanzlage im Auge zu behalten und die Ausgaben entsprechend anzupassen.

Am 20. Oktober wurde der Stand der Gemeindefinanzen erneut erörtert. Es wurde berichtet, dass die Einnahmen nicht so stark eingebrochen sind wie befürchtet, aber der Rückgang trotzdem erheblich ist (etwa 2 Mio. Euro). Aufgrund der Zusagen von Bund und Land wird ein Teil der Mindereinnahmen ausgeglichen. Am Ende wird davon ausgegangen, dass es trotzdem ein Minus geben wird.

Am Ende des Jahres konnte Bürgermeister Kögel den Bürgerinnen und Bürgern in seinen „Bürgerinformationen 2020“ online (per Video-Chat) berichten, dass die Gemeinde einen in etwa ausgeglichenen Haushalt aufweist, auch weil wir auf Rücklagen (etwa 1,3 Mio. Euro) zurückgreifen konnten. (Siehe auch https://www.seefeld.de/wp-content/uploads/2020/11/201112_Präsentation-Bürgerversammlung.pdf)

Für das Jahr 2021 wird die Situation für die kommunalen Finanzen sicherlich sehr angespannt bleiben. Am 23. Februar wurde dazu erstmalig im Finanzausschuss der Haushalt 2021 beraten.

Die Zusammensetzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Seefeld finden Sie auf der Homepage der Gemeinde: https://www.seefeld.de

unter:

Ratsinfo / Ratsinfo für Bürger/innen / Gremien/ Haupt- und Finanzausschuss

Aus der Sicht einer Hechendorferin

Wir brauchen ein zukunftssicheres Schul- und Betreuungskonzept

von Tatjana Müller

Das Hechendorfer Schulhaus

Wie jedes Jahr kurz nach der Einschulung im September beginnt sie wieder: die Jagd nach Schul- und Hortplätzen in Hechendorf. Ein Schulhaus, eine Klasse pro Jahrgangsstufe max. 20-30 Kinder werden hier Platz finden.

Das schöne Hechendorf wächst, gerne kommen die Kinder von damals in ihre Heimat zurück. Heute haben sie selbst Nachwuchs und verfallen in Nostalgie beim Anblick ihres putzigen, alten Schulhauses. Sie bauen in Einheimischen-Wohnmodellen und freuen sich, dass ihre Kinder viele Kameraden zum Spielen gleich nebenan haben.

Bis … die Frage der Einschulung des Kindes langsam in Kindergarten- und Kitakreisen diskutiert wird. „Es sind allein 10 Kinder in der Siedlung oder der näheren Umgebung, die mit unserem Kind eingeschult werden sollen ...“, überlegt man und es beginnt sich ein flaues Gefühl einzuschleichen.

Werden die alle Platz finden in dem kleinen Schulhaus? - Vermutlich nicht. Mit welchem seiner Freunde wird mein Kind in eine Klasse gehen können? Muss mein Kind mit dem Bus nach Seefeld fahren? - Es beginnen die Rechnungen anhand der Platzverteilungsvarianten: Wie weit wohnt man im Radius von der Schule weg? Reicht das noch? Oder hat man Glück und bekommt einen Platz über das Losverfahren?

Wäre es schlimm, wenn das Kind mit dem Bus nach Seefeld fährt? – An sich nicht, denn viele benötigen einen Hortplatz und wenn der in Hechendorf ist, könnte das Kind ja danach nach Hause laufen. Alles gut!

Anruf beim Hort. Die Plätze sind knapp. Die Empfehlung lautet, sich

Fortsetzung Seite 5

bei allen Horten und Mittagsbetreuungen der gesamten Gemeinde bereits möglichst im Dezember/ Januar für das Folgejahr zu bewerben. Wo das Kind zur Schule gehen wird entscheidet sich vermutlich frühestens im April. Es könnte also sein, dass man leer ausgeht oder im besseren Fall noch einen Hortplatz in Seefeld bekommt. Wie kommen die Kinder da nach Hause? – Die Eltern müssen sie am späten Nachmittag mit dem Auto abholen, da die Busse nur zur Mittagszeit von Seefeld nach Hechendorf fahren. (Hier einen kleinen Gruß an die „Meilinger“, „Drößlinger“, „Uneringer“ und „Dellinger“, die in diesem Artikel nicht erwähnt werden, aber vermutlich auch nichts gegen bessere Schulbusverbindungen hätten.)

Langsam wird die Schuleinschreibung konkret, die Informationen werden dichter. Das Kind wird im ersten Schuljahr zwischen 11:15 Uhr und 12:30 Uhr Schulschluss haben. Eltern beginnen zu rechnen und hoffen inständig auf einen Hortplatz, da sonst der Schritt zurück ins Berufsleben, die Teilzeitaufstockung oder gar die Vollzeitbeschäftigung besonders für die Mütter zeitlich kaum noch denkbar ist.

Erinnerungen werden wach. Wie war das denn als man hier vor 30 oder 40 Jahren zur Schule ging? Stimmt, damals mussten auch schon bereits 4-5 Kinder pro Jahrgang mit dem Schulbus nach Seefeld fahren. Die „armen Deifi’n“ mussten zu den „Seefeldern“. Die waren bei den „Hechendorfern“ als Spielkameraden dann nur noch selten auf dem Schirm. Wird das dem eigenen Kind auch so ergehen, wenn es nach Seefeld in die Schule geht?

War es nicht schon immer so, dass sich diese Situation verschärft, wenn man Neubaugebiete ausweist? Wird die Einheit der Gemeindeteile nicht bereits von Kindesbeinen an untergraben, wenn es „Seefelder“ und „Hechendorfer“ gibt?

Könnte man nicht endlich in der Gemeinde eine echte Lösung für dieses Thema finden? Wie immer wird man es nicht allen recht machen können. Aber was spricht gegen das Überprüfen von Konzepten für neue Ideen?

In unserer Zeit gibt es viele wunderbare pädagogische Konzepte, wovon vielleicht das eine oder andere für unsere Gemeinde funktionieren könnte.

Wir haben ein vielversprechendes Ortsentwicklungsverfahren in unserer Gemeinde. Bei diesem Thema geht es um mehr als die reine „Beschulung“ der Kinder. Es geht um zukunftsfähige Infrastruktur, Begegnung zwischen den Ortsteilen, Zusammenhalt und Dorfgemeinschaft bis hin zu Reduzierung von PKW-Einzelfahrten für den Klimaschutz.

Verdient die Gemeinde Seefeld nicht endlich nach all den Jahren eine tragfähige Lösung anstatt die bloße Verschiebung der „Jagd nach dem Hechendorfer Schulplatz“ auf den nächsten Herbst?

Mögliche Alternativen könnten sein:

- Beschulung aller 1. und 2. Klassen im Schulhaus in Hechendorf und aller 3. und 4. Klassen im Schulhaus in Seefeld (wahlweise auch umgekehrt) damit unsere Kinder Freunde in allen Ortsteilen finden!
- Den Ausbau des Schulstandortes Hechendorf und der Nachmittagsbetreuung z.B. in eine sog. ‚Kooperative Ganztagsbildung‘ in die Eltern, Sportvereine, etc. mit integriert sind!
- Oder vielleicht umgekehrt die komplette Verlagerung des Schulbetriebs nach Seefeld? Damit einhergehend die Umwandlung des Hechendorfer Schulhauses in einen Treffpunkt für alle Kinder und Eltern der Gemeinde, z.B. mit einer zeitlich flexiblen Nachmittagsbetreuung und einem spielerischen Lernhaus!

Aus „Human lives matter“ folgt „Tempolimits matter“

Aus „Menschenleben zählen“ folgt „Tempolimits zählen“

von Sven Nissen-Meyer

Wichtiges Detail: Der Auspuff einer großen Limousine

Warum jetzt mitten in der Corona-Pandemie den „alten Hut“ Tempolimit wieder ausgraben? Dieses Thema scheint doch in Deutschland längst erledigt und abgehakt zu sein, wenn man nach dem Grundtenor vieler Leserbriefe und Berichterstattungen zum Thema Tempolimit in den letzten Jahren geht. Sogar der ADAC denkt neuerdings darüber nach. Ungefähr seit Beginn der Pandemie liest man auch nicht mehr viel dazu. Also: Thema erledigt, nächster Punkt?

Nein, das darf nicht sein. Während bei freier, ungezügelter Fahrt bei einem Unfall ein Vielfaches an Zerstörungsenergie gegenüber moderaten Geschwindigkeiten freigesetzt wird, könnten bei einem allgemeinen Tempolimit auf Autobahnen unzählige Schwerverletzte und Todesopfer vermieden werden. Darüber hinaus bedeutet kein Tempolimit ein Vielfaches an Spritverbrauch bei jedem Autotyp, mit besonders hohen Auswirkungen bei schweren Limousinen und SUVs.

Es gibt aber auch in den Medien Leserbriefe und Meinungen gegen das allgemeine Tempolimit, die jedoch keinem Faktencheck standhalten. Häufig heißt es darin, dass alles eitel Sonnenschein wäre, wenn sich jeder „vernünftig“ verhalten würde. Soll heißen: Die rechten Fahrspurbenutzer, die von manchen sogar die „100 km/h-Schnarcher“ genannt werden, müssten nur die Überholspur freilassen, damit die anderen dort freie Bahn hätten. Auch Argumente wie im Kindergarten kommen vor, wie „Ich will aber!“ und „Ich will nicht in einem Staat mit lauter Verboten leben, sondern auch mal schnell fahren!“. Die modernen, insbesondere deutschen Autos seien so sicher geworden, dass man das Gaspedal ohne weiteres durchtreten könne.

Es wird leider immer so sein, dass da, wo Autos fahren, auch Unfälle geschehen. Doch wie gravierend die Folgen sind, hängt maßgeblich von der Geschwindigkeit der beteiligten Fahrzeuge ab. Je größer deren Geschwindigkeitsdifferenz ist, desto gravierender sind die Folgen für Mensch und Material. Das ist eigentlich klar. Aber um welche Größenordnungen handelt es sich? Im Folgenden soll ein einfaches Rechenbeispiel diese Größenordnungen an einer möglichen Verkehrssituation verdeutlichen. (*siehe Abb. 1*)

Das darin beschriebene Szenario dient als Beispiel, wie es sich immer wieder ähnlich auf deutschen Autobahnen abspielt und völlig legal ist:

Ein Fahrzeug (FZ1) passiert auf der rechten Fahrspur den Punkt a1 mit Geschwindigkeit v = 130 km/h. Zum gleichen Zeitpunkt passiert ein anderes Fahrzeug (FZ2) auf der linken Fahrspur den Punkt a1 mit v = 200 km/h.

Für beide Autos gilt die Formel für den Anhalteweg in Meter (m):

Anhalteweg(A) = Reaktionsweg(R) + Bremsweg(B)

Der Reaktionsweg errechnet sich aus der Formel R = 0,3 mal v.

Beispiele von typischen Werten für den Bremsweg B bei verschiedenen Geschwindigkeiten von modernen Autos sind bei Testergebnissen im Internet zu finden. Für A bei 130 bzw. für 200 km/h ergeben sich folgende Werte:

A (130) = 39 + 56,6 = 95,6 m;
A (200) = 60 + 134 = 194 m.

Gleichzeitig mit dem Überholvorgang sehen beide Fahrer vor sich das Ende eines Staus genau 95,6 Meter entfernt. Beide Fahrer reagieren zeitgleich mit einer Notbremsung. Da 95,6 m exakt der Anhalteweg vom Fahrzeug FZ1 mit 130 km/h ist,

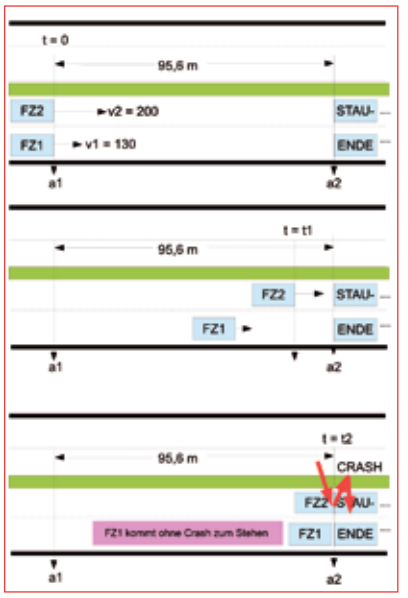


Abb. 1: Häufig anzutreffende Verkehrssituationen auf deutschen Autobahnen

kommt dieser PKW direkt vor dem Hindernis zum Stehen. Das zweite Fahrzeug FZ2 beginnt nach dem Reaktionsweg (60 m) die Notbremsung mit Tempo 200 km/h und kracht daher mit immer noch 103 km/h auf das Hindernis, wie mittels der Anhaltewege berechnet werden kann!

Das ist aber nicht die ganze Story.

Bilanz der kinetischen Energie (auch Bewegungsenergie genannt) von beiden Fahrzeugen

Gegeben sei, dass es sich bei Fahrzeug 2 (FZ2) um eine schwere Limousine oder einen SUV handelt, jeweils etwa doppelt so schwer wie ein typischer Mittelklassewagen, in unserem Beispiel Fahrzeug 1 (FZ1).

Fortsetzung Seite 6

Die Schwere der Unfallfolgen hängt immer von der Stärke der umgesetzten kinetischen Energie ab, die auf die beteiligten Fahrzeuge und Insassen einwirkt und für Deformierung der Fahrzeuge und mehr oder weniger schwere oder tödliche Verletzungen der Fahrzeuginsassen verantwortlich ist. Dabei gilt, je schwerer ein Auto ist und je schneller es unterwegs ist, desto schwerwiegender sind die Folgen bei einem Zusammenstoß, und zwar proportional zum Quadrat der Geschwindigkeitsdifferenzen.
In unserem Beispiel ist die Bewegungsenergie von FZ1 durch das Abbremsen lediglich vollständig in Wärme umgewandelt worden (ohne gravierende Konsequenzen), während die kinetische Energie von FZ2 immer noch 3,8 mal der Masse von M1(!) beträgt.

Mit anderen Worten: Während FZ1 rechtzeitig zum Stehen kommt, ohne andere Verkehrsteilnehmer zu berühren, kann FZ2 gar nicht anders, als seine gesamte verbleibende kinetische Energie komplett in Zerstörung umzusetzen.

Dabei ist dies kein Extrembeispiel! Man stelle sich nur vor, wie es ablaufen würde, wäre FZ2 mit 300 km/h unterwegs, was auf vielen deutschen Autobahnstrecken völlig legal ist.

Wenn man fast täglich Bilder von schweren Unfällen mit demolierten Autos sieht, wundert einen nichts mehr. Man fragt sich mitunter nur, wie schnell die wohl unterwegs waren.

Der Treibstoffverbrauch

Auch wenn die Fahrt auf der Autobahn ohne Unfall verläuft, verhält sich der Treibstoffverbrauch bei hohen, konstanten Geschwindigkeiten bei jedem Auto proportional zur Geschwindigkeit im Quadrat:

Verbrauch = Va mal v mal v, (bis auf einen zu vernachlässigenden linearen Term).

Dabei ist Va eine vom Automodell abhängige Konstante. Sie wird u.a. wesentlich bestimmt durch die Form der Karosserie, welche den Luftwiderstand beeinflusst. Hieraus ergibt sich, dass der tempoabhängige Verbrauch bei 200 km/h um das 2,37-fache höher ist als mit demselben Auto bei 130 km/h.

Eine weitere Größe, die den Verbrauch beeinflusst, ist die Beschleunigung, die umgekehrt proportional zur Gesamtmasse des Fahrzeugs bei konstantem Gasgeben ist. Eine konstant hohe Geschwindigkeit auf der Überholspur ist nicht möglich, weil dort unterschiedliche Geschwindigkeiten von ca. 120 bis 200 km/h und mehr gefahren werden. Da findet ein ständiges Abbremsen und Beschleunigen statt, bedingt durch Verkehrsdichte und Tempolimits. Ein solcher Verkehrsfluss treibt den Spritverbrauch extrem in die Höhe. Im Gegensatz zur häufigen Behauptung vieler Tempolimit-Gegner ist das Einsparpotenzial bei einer Fahrt mit moderater, konstanter Geschwindigkeit offensichtlich ganz erheblich.

Rechtliche Lage: Fahrschulen, Fahrpraxis, angepasstes Fahren

In den deutschen Fahrschulen wird im Praxisunterricht nicht geübt, wie man Autos bei sehr hohem Tempo richtig handhabt, insbesondere in Notsituationen. Ebenso wenig haben Ausländer, die sich in Deutschland zum Spaß etwa einen schnellen Bugatti mieten, eine solche Ausbildung. Das bedeutet, dass sich sowohl Fahranfänger als auch Menschen, die noch nie mit den deutschen Verkehrsverhältnissen konfrontiert wurden, jederzeit ein schnelles Auto mieten können, um sich auf deutschen Autobahnen nach Lust und Laune auszutoben, z.B auf der A95 von München nach Garmisch. Über das Gebot in der StVO zum „angepassten Fahren“ können zwar „Verkehrssünder“ zur Rechenschaft gezogen werden, meist jedoch erst, nachdem ein Unfall passiert ist. Als Mittel zum proaktiven Vermeiden von Unfällen ist das eine sehr stumpfe Waffe.

Fazit

Viele Tausend Menschen in Deutschland sind in den vergangenen 70 Jahren durch fehlende Tempolimits ums Leben gekommen, direkt oder indirekt! Viele Unfallbeteiligte leiden noch heute an den Folgen ihrer Verletzungen! Deutsche Politiker, insbesondere die Verkehrsminister, und die Autolobby tragen in ihrer 70-jährigen beharrlichen Verweigerung daran eine schwere Schuld. Seit den 1950er Jahren wird in Deutschland über etwas diskutiert, das in fast allen zivilisierten Ländern längst beschlossen ist: ein Tempolimit auf Autobahnen und Landstraßen.

- Dass das Wohl und Wehe der Autoindustrie bei uns über Menschenleben gestellt wird, ist ethisch mehr als fragwürdig und steht Deutschland nicht gut zu Gesicht.

- Außerdem ist es nicht korrekt, dass nur Autos, die auch schnell fahren dürfen, sich gut verkaufen. Seit einigen Jahrzehnten erreicht die deutsche Autoindustrie ihre größten Absatzzahlen in Ländern mit Tempolimit.

- Deshalb ist das Mantra-artige Beschwören der sogenannten Freien Fahrt im Hinblick auf die Verkehrstoten nicht nur zynisch, sondern auch falsch und gehört ins Reich der Legenden.

Nachdem alle Abgeordneten auf die Verfassung schwören, in der im GG Art. 2 das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit angeführt wird, verwundert es doch sehr, dass unser Verkehrsnetz und die Straßenverkehrsordnung immer noch nicht so gestaltet sind, dass die Folgen von Unfällen für Beteiligte minimalst ausfallen. Ein Beispiel dafür, das Schule machen sollte, ist das schwedische Verkehrsprojekt „Vision Zero“, das zum Ziel „null Verkehrstote“ hat. Auch sonst gibt es in Skandinavien rund um das Thema Verkehr/Verkehrssicherheit einiges, das wir uns abschauen könnten.

Unter Pandemie-Bedingungen

Kultur in Seefeld

von Brigitte Altenberger

Elf abgesagte Veranstaltungen von Anfang November 2020 bis Anfang März 2021 allein bei Kultur im Schloss Seefeld! Acht abgesagte Veranstaltungen im gleichen Zeitraum bei Räsonanz Seefeld.

Nicht zählbare Absagen im Kino Breitwand und bei vielen anderen Organisationen, die das kulturelle Leben im Ort, in unserer Gemeinde Seefeld, bereichern: darunter Volkshochschule, Nachbarschaftshilfen, Chöre, Blasmusik und sonstige Vereine. Das ist nur die Bilanz der letzten Monate, der Lockdown vom Frühjahr 2020 ist da noch gar nicht mit eingerechnet.

Bei jeder Veranstaltung sind diverse Mitwirkende beteiligt: die Veranstalter, die Besucher, die Darbieter, die Künstler und andere. Die Corona-Pandemie mit ihren Maßnahmen zur Eindämmung („social distancing“, Kontakt- und Veranstaltungsverbote, Ausgehsperren) hat für alle massive Auswirkungen.

Die Veranstaltungen der Non-Profit-Vereine wie z. B. „Kultur im Schloss Seefeld“ oder die VHS erzielen in der Regel keine Gewinne, eher Verluste, da z.B. die Veranstaltungsräume zu wenig Besucher erlauben oder die Eintrittspreise bewusst gering gehalten werden, um auch nicht so betuchten Leuten den Besuch zu ermöglichen. Das Defizit wird durch die Unterstützung mit öffentlichen Fördergeldern und privaten Spenden ausgeglichen. Entfallene Veranstaltungen reißen deshalb kein Loch in die Vereinskasse. Aber die Folge mehrerer abgesagter Veranstaltungen zieht andere Nachteile nach sich: Die aktiven, ehrenamtlichen Vereinsmitglieder, die im Team den Kontakt zu Gleichgesinnten, soziale Zusammenarbeit, Aufgaben und Erfolg suchen, vermissen ganz erheblich den kollektiven Rückhalt. Seit Monaten finden keine Arbeitstreffen mehr statt und zuvor auch nur mit Abstand und Maske. Die Motivation der Teamarbeit leidet folglich sehr.

Im Gegensatz zu diesen sind professionelle, gewinnorientierte Veranstalter mittlerweile durchaus existenziell bedroht. Einige starten Initiativen zur Überbrückung wie z.B. Breitwand-Kinobetreiber Matthias Helwig, der neuerdings Patenschaften bewirbt, um sowohl ein Publikum zu rekrutieren, als auch finanzielle Sockelbeträge für ein Kinoprogramm nach dem Lockdown kalkulierbar zu machen. Einige große Münchner Konzertveranstalter konnten sich bislang mit Einsparungen, Kurzarbeit der Mitarbeiter und dank Rücklagen ganz gut „über Wasser halten“, sehen aber inzwischen weitere Restriktionen des Kulturlebens mir großer Sorge.

Für viele Veranstalter sind die von „oben getroffenen“ Regelungen nicht nachvollziehbar; einerseits wurden von ihnen aufwändige, individuelle Hygienekonzepte entwickelt und viel Geld dafür ausgegeben, andererseits wurde nirgendwo ein erhöhtes Infektionsrisiko in großen, belüfteten Sälen nachgewiesen. Warum dann die pauschale Schließung?

Auch „Kultur im Schloss Seefeld“ hat die Sitzpläne überarbeitet, so dass wenigstens ca. 45 Zuschauer mit gefordertem Abstand (1,5 m) Platz im Sudhaus finden, hat bargeldlose Bezahlung eingeführt, Plexiglaswände für die Abendkasse gekauft und Einweg-Regelungen markiert. So konnten wenigstens die ersten vier Veranstaltungen des Herbstprogramms 2020 gut und sicher durchgezogen werden. Dann kam leider wieder das Aus bis jetzt!

Am meisten sind jedoch sicher die Künstler, Musiker, Kabarettisten, Schauspieler etc. durch das stillliegende kulturelle Leben in ihrer Existenz bedroht. Sie sind seit Monaten ausgebremst und ohne Perspektive, weil auch sämtliche Planungen für die Zukunft auf wackeligen Beinen stehen. Verträge berufen sich auf „höhere Gewalt“, Auftritt und Gage entfallen ersatzlos.

Wer sich in der Vergangenheit kein größeres Polster anlegen konnte oder keine parallele Anstellung in öffentlichen Diensten, z.B. als Musiklehrer oder als Mitglied eines namhaften

Konzerte, Chormusik, Kabarett, Theater ... alles fehlt so sehr! - Zeichnung: Anna, 12 Jahre

(am besten öffentlich-rechtlichen) Orchesters vorzuweisen hat, steht schnell vor einem finanziellen Desaster. Und das sind sehr viele, vor allem auch junge Künstler, quer durch die Szene von Pop bis Klassik, die als Solo-Selbständige freischaffend ihr Geld mit individuellen Engagements verdienen. Etliche begannen mittlerweile in der Not, andere Hilfsjobs auszuüben, wie z.B. eine junge Cellistin im Landkreis Starnberg, die ein Praktikum im Krankenhaus absolviert. Über das Internet gesendete „Wohnzimmerkonzerte“, „Geisterkonzerte“ oder Youtube-Filme sind zwar eine Alternative für Zeiten ohne öffentliche Auftritte, aber die Künstlerpsyche braucht in der Regel die Interaktion mit dem greifbaren Publikum und den Applaus. Ansonsten leidet auch die Seele neben dem leeren Geldbeutel.

Natürlich gibt es diverse staatliche Unterstützungsangebote, doch sie sind – wie man mir sagt – nur mit viel Aufwand umständlich zu beantragen und fließen – wenn überhaupt – recht zäh.

Im Gegensatz zu den Veranstaltern und Künstlern, die gelegentlich mit Protestaktionen zurecht auf sich aufmerksam machen, leidet das Publikum still. Auch wenn es sich mit Online-, Fernseh- oder Rundfunk-Aufzeichnungen, CDs oder DVDs im Heimkino und entspannt im Jogging-Anzug vor dem Bildschirm oder der Leinwand vergnügen kann, so fehlen dabei doch die sozialen Aspekte und das reale Erlebnis wie bei einer Live-Veranstaltung.

Man geht meist nicht nur wegen des Angebots ins Theater, Museum oder in den Konzertsaal, sondern auch um zu sehen und gesehen zu werden. Man trifft andere Menschen, tauscht sich mit diesen über das Dargebotene oder andere Themen aus, genießt die Atmosphäre jenseits des Alltags und des Zuhauses und zehrt letztendlich vom Erlebten nachhaltig.

Mehr als eine Million Menschen sind bundesweit in der Kreativszene beschäftigt. Nicht nur Veranstalter, Künstler, auch Medien-Techniker, Bühnenbildner, Fotografen, Caterer, Türsteher bis hin zur Toilettenfrau ... Es könnte sein, dass viele von ihnen, wenn die Corona-Pandemie abgeebbt ist, nicht weitermachen können. Weil sie wirtschaftlich zugrunde gegangen sind.

Nach der Krise wird wohl nichts mehr sein wie vor der Krise.

Dennoch hoffe ich sehr, dass die Einbußen im künstlerischen und sozialen Bereich gering bleiben, dass hier in Seefeld die Verantwortlichen nicht frustriert kapitulieren und dass bald wieder ein regelmäßiges und breites Kulturangebot auf die Beine gestellt werden kann.

Kultur ist ein Standortfaktor, ist lebensnotwendig, sozial förderlich und horizonterweiternd!

Nicht nur bei „Kultur im Schloss Seefeld“ sondern auch bei der „Räsonanz“, bei den Chören, der VHS, dem Kino und anderen kulturellen Einrichtungen mussten alle Veranstaltungen abgesagt werden!

Patenschaft für das Kino Breitwand im Schloss Seefeld

Dem SPD-Ortsverein ist das Kino im Schloss sehr wichtig. Darum haben sich mehrere Mitglieder des Ortsvereins spontan entschlossen, eine Patenschaft zu übernehmen und die damit verbundenen Eintrittskarten einem karitativen Zweck zur Verfügung zu stellen. *MKo*

Ein Virus - die Cousine von Corona, Zeichnung, Luisa, 6 Jahre

Informationen aus dem Gemeinderat

von Martin Dameris

Hier geht es zur Gemeindeverwaltung

Der Gemeinderat hat sich im letzten Jahr mit vielen, sehr unterschiedlichen Themen beschäftigt. Neben dem aktuellen Tagesgeschäft, welches oft sehr zeitaufwendig ist, gab es eine Reihe von wichtigen Diskussionen und Entscheidungen. Im Folgenden geben wir Ihnen einen kurzen Überblick über die Inhalte der verschiedenen Sitzungen seit Mai 2020. Die entsprechenden Sitzungsprotokolle auf der Internetseite der Gemeinde können Sie finden unter https://www.seefeld.de/rathaus-verwaltung/ratsinformationssystem/

Der im März 2020 neu gewählte Gemeinderat traf sich zu seiner konstituierenden Sitzung am 13. Mai 2020 im Pfarrsaal vom Haus „Peter und Paul“. Aufgrund der COVID-19-Pandemie sind seit dem Frühjahr letzten Jahres Gemeinderatssitzung im Sitzungssaal des Rathauses nicht möglich. Wegen der Hygienevorschriften sind leider nur wenige interessierte Bürgerinnen und Bürger zugelassen.

Bei der ersten Sitzung im Mai wurde der neue Bürgermeister Herr Kögel vereidigt. Als seine Stellvertreter wurden vom Gemeinderat Thomas Zimmermann zum 2. Bürgermeister und Johann Dreyer zum 3. Bürgermeister gewählt. Ebenfalls wurden die Referentinnen und Referenten für Umwelt und Energie, Sport, Senioren und Menschen mit Beeinträchtigungen, Feuerwehr Kinder und Jugend, Kultur und Ehrenamt, Wohnen und ÖPNV gewählt. Dabei waren einige Personalentscheidungen strittig, was aber zu Beginn einer neuen Legislaturperiode durchaus als normal anzusehen ist. Nachdem sich der neue Gemeinderat sortiert hatte, fand er sich schnell zusammen und nahm seine konstruktive Arbeit auf. Ende des Jahres waren sich Bürgermeister und Gemeinderat einig, dass das geschäftsmäßige Miteinander sehr gut funktioniert. Die zum Teil kontroversen Diskussionen im Gremium waren in der Sache angemessen und führten oft zu einer besseren Sicht der Dinge und damit zu ausgewogenen Entscheidungen.

In seiner Sitzung Anfang Juni hat der Gemeinderat einstimmig dem langjährigen Bürgermeister Wolfram Gum die Ehrenbezeichnung „Altbürgermeister“ verliehen, in Anerkennung seiner Leistungen in den letzten 30 Jahren.

Sehr traurig und erschütternd war der Tod des Gemeinderats Dr. Robert Benoist, der am 27. Mai 2020 tödlich verunglückt war. Ihm folgte im Amt Herr Dennis Weber nach, was auch Umbesetzungen in den Ausschüssen zur Folge hatte.

Ende Juni wurden dann wichtige Entscheidungen im Gemeinderat getroffen:

- Die Gemeinde beteiligt sich beim barrierefreien Ausbau des Bahnhofs Seefeld-Hechendorf mit bis zu 2 Millionen Euro. Dank der intensiven Gespräche mit der Deutschen Bahn geht es hier nun endlich voran. Die SPD hat die Aktionen in den letzten Jahren intensiv begleitet und immer wieder konstruktive Vorschläge gemacht. Lesen Sie dazu die Beiträge auf der Internetseite der Seefelder SPD.
- Die SPD hat in Kooperation mit der Gruppe „Energie“ der „Lokalen Agenda 21“ einen Antrag zum generellen Ausschluss von fossilen Energieträgern bei Neubauten gestellt. Der Antrag wurde in der Sitzung zurückgestellt, um mit der Verwaltung einen juristisch vertretbaren Ansatz zu entwickeln.
- Ein Antrag von CSU, Grüne/BI und SPD zur Eingrenzung möglicher Gewerbestandorte wurde abgelehnt. Demnach wurden im Folgenden alle vorgeschlagenen Standorte durch die Fachbehörden bewertet.
- Der Gemeinderat hat einem Zuschuss für das „Fünf-Seen-Filmfestival“ nach eingehender Diskussion zugestimmt. Die SPD hat sich für den gewünschten Beitrag von 5.000 Euro stark gemacht, der dann auch mehrheitlich bewilligt wurde.
- Die SPD-Fraktion regt zum wiederholten Mal an, die Pflanzinseln (u.a. an den Straßenkreuzungen) der Gemeinde naturnaher zu gestalten.

In der Sitzung Ende Juli wurde die Geschäftsordnung der Gemeinde bis 2026 abschließend beraten und beschlossen. Ferner wurde der Bebauungsplan „Einkaufsmarkt Seefeld“ intensiv diskutiert, die digitale Ausstattung der Grundschule besprochen sowie die Kosten für das Nahwärmenetz vorgestellt. Die SPD hat sich von Anfang an für das Nahwärmenetz ausgesprochen, da es sich um einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz handelt. Deshalb wurden die Planungen und Gespräche dazu von uns aktiv begleitet.

Am 15. September wurden der Bebauungsplan „Sondergebiet Holzhandel u. Sägewerk“ diskutiert, der Straßenausbau beraten (vor allem hinsichtlich der anfallenden Kosten) sowie die Freigabe der Mittel für die Skateranlage am Oberfeld beschlossen. In einer zweiten Runde wurden der SPD-Antrag zum Ausschluss fossiler Energieträger, der mit der Gruppe „Energie“ der „Lokalen Agenda 21“ gestellt worden war, nach Diskussion nochmals verschoben, um die rechtlichen Möglichkeiten weiter auszuschöpfen. In diesem Zusammenhang wurde auch angeregt, ein Pilotprojekt „Umweltsiedlung“ zu initiieren.

In einer nichtöffentlichen Sondersitzung (interne Klausur) am 11. September hat der Gemeinderat ausgiebig und unter fachlicher Anleitung durch den Planungsverband seine Zielvorstellungen im Zusammenhang mit dem Ortsentwicklungsprozess weiterentwickelt, insbesondere hinsichtlich der Ausweisung neuer Gewerbeflächen. Letzter Punkt wurde bei einer weiteren Sondersitzung am 1. Oktober nochmals vertieft und abschließend beraten unter Einbeziehung der Ergebnisse der Fachbehörden.

Die Ergebnisse der internen Beratung wurden in der Gemeinderatssitzung am 6. Oktober der Öffentlichkeit vorgestellt. Alle möglichen Gewerbeflächen im Bereich „Aubachtal“ kommen demnach definitiv nicht in Frage und haben keine Chance auf Umsetzung. Grund hierfür ist vor allem der Schutz der Umwelt und der Landschaft. Gewerbeflächen im Bereich Jahnweg oder auch am Oberfeld können aus Sicht der Fachbehörden weiterentwickelt werden.

Abschließend wurde zum dritten Mal der SPD-Antrag zum generellen Ausschluss von fossilen Energieträgern bei Neubauten beraten. Dem Wunsch nach strenger Reglementierung des Einsatzes fossiler Energieträger kann aus juristischer Sicht nicht gefolgt werden. Als Kompromiss wurde beschlossen (bei einer Gegenstimme), dass die Rahmenbedingungen für den Einsatz regenerativer Energien geschaffen werden. Dazu sollen in der Bauleitplanung Handlungsempfehlungen zur Energieeffizienz gegeben werden. Klimaschutzmaßnahmen sollen dokumentiert werden. Dies ist unter anderem in neuen Baugebieten anzuwenden. Hierzu wird ein Pilotprojekt „Umweltsiedlung“ angestrebt. Der Einsatz fossiler Energieträger sollte so weit wie möglich verhindert werden.

Im Bereich des fast fertiggestellten Seniorenstifts und der Nachbarschaftshilfe Seefeld wird ein verkehrsberuhigter Bereich eingerichtet. Die Extramittel dafür wurden bewilligt.

Leider musste der Weihnachtsmarkt im Schloss Seefeld abgesagt werden. Der Gemeinderat hat nach Alternativen gesucht, aber auch diese waren in Anbetracht der Pandemie leider nicht zu realisieren.

Zu Beginn der Oktober-Sitzung am 27.10. wurden die gewählten Ortssprecher für Meiling (Andreas Weiß) und für Unering (Markus Krasemann) vorgestellt und im Gremium herzlich willkommen geheißen.

Es wurde die Wochenmarktsatzung von 2011 aktualisiert und beschlossen.

Im Zusammenhang mit dem EDEKA-Einkaufsmarkt wurde die Parkplatzplanung diskutiert. Die SPD setzt sich dafür ein, dass in unmittelbarer Nähe des Eingang Fahrradstellplätze eingerichtet werden. Ebenso wurde im Gremium angesprochen,

Themen und Vorgänge, die uns in den letzten zehn Monaten immer wieder beschäftigt haben, waren unter anderem:

- die aktive Begleitung des Ortentwicklungsprozesses,
- das Projekt Genossenschaftswohnen der MARO in der Hedwigstraße,
- das Nahwärmenetz in Oberalting (mit Heizkraftwerk),
- die Erweiterung des EDEKA-Einkaufsmarktes neben und hinter dem Alten Rathaus,
- die Entwicklung der Sport- und Freizeitflächen am Oberfeld,
- die Herstellung und Abrechnung von Straßen in der Gemeinde,
- die Erstellung und Überarbeitung diverser Flächennutzungspläne und Bebauungspläne.

Das Seefelder Krankenhaus in der Ortsmitte an einem strahlenden Vorfrühlingstag. Der Himmel war so blau, dass auch das Krankenhaus bläulich strahlte!

dass ein barrierefreier Zugang (ohne Stufen) zu den Parkplätzen entsprechend umgesetzt wird.

Ein wichtiger Punkt war die Beschaffung von Lüftungs- bzw. Luftreinigungssystemen sowie sogenannten CO_2-Ampeln für die Schulen. Die Ampeln wurden sofort bewilligt (dafür liegen auch Fördermittel vor). Da die Kosten für geeignete Luftreinigungssysteme sehr unterschiedlich sind, wurde die Verwaltung beauftragt, entsprechenden Modelle und die Kosten zu prüfen.

In der Verwaltung gibt es personelle Veränderungen: Die Leitung des Hauptamtes übernimmt Frau Jörn; Frau Ulrich geht in den verdienten Ruhestand. Die Bauamtsleitung hat Herr Beutel übernommen, da auch Frau Friedrich in den Ruhestand gegangen ist. Weil Frau Crepaz die Gemeinde aus persönlichen Gründen verlassen hat, leitet jetzt Frau Kelly das Standesamt. Der Gemeinderat hat den drei ausscheidenden Damen für ihr außergewöhnliches Engagement in den letzten Jahren gedankt.

Die Gemeinderatsitzung am 24. November war geprägt von administrativen Vorgängen. Es wurde nach eingehender Prüfung die Ersatzbeschaffung eines Versorgungslastkraftwagens für die Freiwillige Feuerwehr Oberalting beschlossen. Ferner wurde eine Reihe von Dingen hinsichtlich verschiedener Bebauungspläne beraten. Für das Nahwärmenetz wurden weitere Planungsleistungen beauftragt, die weiteren Schritte zur Umsetzung des Freizeitgeländes mit Bolz- und Skaterplatz besprochen.

Das gemeinsame Weihnachtsessen der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte mit Bürgermeister und Verwaltung wurde abgesagt. Die eingesparten Kosten wurden gespendet.

In der letzten Sitzung des Jahres wurde die Verlängerung des Mietvertrags der Wohncontainer am Oberfeld für drei weitere Jahre beschlossen.

Die Förderung des „MehrGenerationenHauses“ Seefeld (Nachbarschaftshilfe) durch den Bund und die Kofinanzierung durch die Kommune wurde beraten. Die Gemeinde Seefeld bekennt sich zum „MehrGenerationenHaus“ Seefeld und garantiert eine jährliche Kofinanzierung.

Die Testergebnisse von Luftreinigern wurden vorgestellt. Am Ende einer intensiven Diskussion wurde die Beschaffung von 10 Raumluftreinigern mit den Stimmen der SPD beschlossen.

Es wurde über ein Verkehrskonzept für Unering (Antrag Grüne/BI) diskutiert, welches durch die Planungen für Drößling (Ampel bei einspuriger Ortsdurchfahrt) notwendig würde. Bürgermeister Kögel teilte zur Überraschung Vieler mit, dass er derzeit mit den betroffenen Anwohnern über einer Verbreiterung der Ortsdurchfahrt Drößling spricht. Die weiteren Gespräche über ein schlüssiges Verkehrskonzept wurden vertagt. Die bereits vorliegende Planung für Unering soll aufgegriffen werden.

Auf Antrag der Grünen/BI wurde über die Ortsdurchfahrt Hechendorf debattiert. Am Ende wurde beschlossen, dass Smileys aufgestellt werden sollen. Ein einseitiger Fahrradstreifen bergaufwärts ist in Planung. Dieser hat zur Folge, dass die Fahrbahn enger wird und sich daraus resultierend niedrigere Geschwindigkeiten des Verkehrs ergeben.

In einer internen Besprechung wurde über mögliche Standorte eines Krankenhausneubaus beraten. Mit der Suche geeigneter Flächen wurde bereits Anfang Juni begonnen. Es wurde, wie auch bei der Suche nach Gewerbestandorten, eine interne Gemeinderatsklausur beschlossen (Februar 2021). Dazu werden im Vorfeld unter anderem vom Bürgermeister Gespräche mit den Grundstückseigentümern geführt. Auf diese Weise versucht der Gemeinderat zu einer gemeinsamen Sicht der Sachlage zu kommen, um eine solide Grundlage für die weiteren Beratungen zu haben. Bevor die Gemeinde dem Betreiber einen möglichen Standort vorschlägt, plant der Gemeinderat ein Ratsbegehren, bei dem den Bürgerinnen und Bürgern mögliche Standorte für einen Krankenhausneubau zur Abstimmung vorgeschlagen werden.

Am 19. Januar 2021 beschloss der Gemeinderat einstimmig die Fortführung des Förderprogramms für regenerative Energien in gleichem Umfang wie in den letzten Jahren. Die neuen Richtlinien werden im Umwelt und Energie-Ausschuss beraten werden.

Ein weiteres Thema war die dringend notwendige Sanierung der Bahnhofstraße (am Bahnhof Seefeld-Hechendorf). Da die Kosten sehr hoch sind, wurde die weitere Beratung in den Finanzausschuss vertagt.

Die SPD stellt ihre Ideen für die Unterstützung des Projekts „Sichere Häfen“ und „Seefeld hilft im Mittelmeer“ vor. Dabei geht es um die Unterstützung von Maßnahmen im Mittelmeerraum zur Hilfe für Flüchtlinge in den Auffanglagern.

In der Sitzung am 9. Februar legte Herr Arnulf Daxer (CSU) offiziell sein Gemeinderatsmandat aufgrund beruflicher Umstände nieder. Nachrücker ist Herr Freddy Maletz. Dadurch wurden wieder Umbesetzungen in den Ausschüssen notwendig.

Das Thema Herstellung und Abrechnung von Straßen in der Gemeinde beschäftigte uns zum wiederholten Male. Auch dieses Mal gab es eine kontroverse Diskussion. Auf der einen Seite stehen die berechtigten Forderungen der Gemeinde, auf der anderen Seite die betroffenen Anwohner, die manche Vorgänge und Abrechnungen anders sehen bzw. nicht verstehen. Das Konfliktpotential ist hoch und der Gemeinderat hofft sehr auf friedliche Einigungen.

Am Ende der Sitzung bat die SPD den Bürgermeister um eine Solidaritätsbekundung an die Gewerbetreibenden sowie die Sozial- und Kultureinrichtungen, die alle heftig durch die Corona-Maßnahmen betroffen sind. Dazu schlug die SPD vor, das Gespräch mit Herrn Winkelkötter (Gesellschaft für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung im Landkreis Starnberg mbH) zu führen.

Wochenmarkt in Hechendorf

Ürsprünglich ein Vorschlag der SPD-Fraktion

Als der Gemeinderat vor etwa zwei Jahren diskutierte, wie sich die damals zeitgleich erwarteten Großbaustellen (Maro, Seniorenstift, Krankenhaus und Kanalsanierungen) auf den innerörtlichen Verkehr auswirken würden, war schnell klar, dass der Wochenmarkt für längere Zeit auf einen anderen Platz verlegt werden muss. Die SPD-Fraktion schlug vor, den Wochenmarkt erst einmal probeweise nach Hechendorf zu verlegen. Wenn der Markt von den Hechendorfern „angenommen“ würde, hätte Seefeld nach dem Ende der Baumaßnahmen zwei Wochenmärkte: einen in Oberalting und einen zweiten in Hechendorf.
Dieser Vorschlag wurde vom Gemeinderat länger und durch alle Fraktionen wohlwollend diskutiert. Dass die Bauvorhaben dann doch nicht gleichzeitig bzw. gar nicht (Erweiterung des Krankenhauses) durchgeführt werden würden, ahnte damals noch niemand.

Wie geht es weiter?
Anstehende Aufgaben
von Martin Dameris

In diesem Jahr erwarten uns spannende Themen und Aufgaben im Gemeinderat sowie im Finanzausschuss, aber auch im Umwelt- und Energieausschuss.

- Die Corona-bedingte Unterbrechung des Ortsentwicklungsprozesses muss wieder angeschoben werden. Die von den Bürgerinnen und Bürgern eingebrachten Ideen müssen weiter diskutiert und gegebenenfalls umgesetzt werden. Eines der wichtigen Themen ist hier die Verkehrssicherheit und in diesem Zusammenhang die Neugestaltung (Verkehrsberuhigung) der Hauptstraßen.

- Das geplante Ratsbegehren zu einem möglichen Krankenhausneubau ist vorzubereiten und durchzuführen. Hierzu müssen sich dann die Bürgerinnen und Bürger eine Meinung bilden und darüber mitentscheiden, ob und wenn ja, wo ein Neubau zu realisieren wäre. Wir hoffen sehr, dass es eine sachbezogene Diskussion in unserer Gemeinde gibt, ohne persönliche Animositäten.

- Die Gemeinde muss sich überlegen, ob ein neues Rathaus geplant und in den nächsten Jahren realisiert werden soll. Die Räumlichkeiten des Rathauses sind im Technopark nur angemietet. Da die Kreditvergabe derzeit sehr günstige Konditionen aufweist, vor allem für Kommunen, wären die finanziellen Möglichkeiten durchaus gegeben. Die derzeitigen Mietkosten könnten eingesetzt werden zur Zinstilgung. Die SPD steht diesem Plan positiv gegenüber, auch weil dadurch Gewerbeflächen wieder frei würden.

- Die Finanzsituation der Gemeinde ist angespannt, nicht nur in Zeiten von Corona. Es müssen die Einnahmen gesteigert werden. Eine Möglichkeit ist die Ansiedlung von neuem Gewerbe. Da hierfür in unserer Gemeinde nur begrenzter Raum zur Verfügung steht, gilt es, die vorhandenen Möglichkeiten sinnvoll zu nutzen. Ziel ist es, attraktive Gewerbe in die Gemeinde einzuladen, die nicht unbedingt große Flächen benötigen. Uns, der SPD, ist es wichtig, eine ausgewogene Balance zwischen den Aspekten des Umwelt- und Landschaftsschutzes sowie neuen Gewerbeansiedlungen zu finden.

- In diesem Jahr werden die nächsten Schritte für Wohnungsneubauten in der Spitzstraße und der Stampfgasse gegangen. Uns, der SPD ist es wichtig, dass hier bezahlbarer Wohnraum entsteht, einerseits als Mietwohnungen oder auch als Eigentum. Alternative Modelle, wie das einer Genossenschaft, sollten angedacht werden. Unsere Idee ist es, einerseits über eine „Tauschbörse“ Einfamilienhäuser für junge Familien frei zu bekommen, um andererseits zeitgleich kleinere Wohnungen für alteingesessene Mitbürgerinnen und Mitbürger anbieten zu können. Eine sogenannte „Win-win-Situation“ für Alt und Jung in unserer Gemeinde.

- Der Finanzausschuss steht in diesem Jahr vor der großen Herausforderung, einen gesunden Haushalt aufzustellen. Die SPD steht für solide Finanzen. Eine Kreditaufnahme sollte nur dann in Erwägung gezogen werden, wenn damit Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt werden.

- Der Umwelt- und Energieausschuss sollte in diesem Jahr größere Projekte anschieben, die für die Energiewende im Landkreis einen signifikanten Beitrag leisten. Wir unterstützen beispielsweise sehr die Überlegung, sich noch einmal mit dem Thema Windenergie zu beschäftigen. Auch eine größere PV-Freiflächenanlage könnte helfen, dass das Ziel des Landkreises, sich bis 2035 vollständig mit erneuerbaren Energien zu versorgen, erreicht wird.

Was macht eigentlich …
der Bauausschuss?
von Brigitte Altenberger

Maro-Genossenschaftsbau - ein Projekt, das den Bauausschuss und den Gemeinderat schon sehr viel beschäftigt hat. Hier: Baufortschritt am 27.02.2021

Oft werde ich gefragt, was hier oder dort errichtet wird, wenn die Bagger anrücken. Ich sei doch im Bauausschuss und sollte es daher eigentlich wissen – tu ich aber trotzdem leider nicht immer!

Man muss dazu wissen, im Bauausschuss werden nur solche Bauvorhaben diskutiert,
- die entweder in Bereichen ohne gültigen Bebauungsplan liegen oder
- die zwar innerhalb eines solchen liegen, aber von den darin festgelegten Vorgaben abweichen und/oder davon Befreiungen beantragen
- die durch ihre Lage, Zweckbestimmung oder Dimension das Ortsbild stark prägen oder beeinflussen.

Letztere wie z. B: die Erweiterung des Nahversorgers in Seefeld Mitte werden sogar häufig gleich dem Gemeinderat in großer Runde vorgestellt.
So landet nur ein Teil aller Bauvorhaben im Ausschuss. Der andere Teil wird auf dem sog. kurzen Amtsweg direkt vom Bauamt in der Gemeindeverwaltung begutachtet und, falls es keine Probleme gibt, auch „abgesegnet“ und ans Landratsamt weitergeleitet.

Der Bauausschuss setzt sich aktuell aus je zwei Gemeinderats-Mitgliedern der Fraktionen „Die Grünen/BI“, „Freie Wähler“ und „CSU“ sowie je einem Mitglied der Fraktionen „BVS“ und „SPD“ zusammen. Er tagt in der Regel vor den allgemeinen Gemeinderatssitzungen.

Neben selteneren Tagesordnungspunkten – in den letzten Monaten z.B. landwirtschaftliche Silos, Parkplätze (Meiling) oder Wohnmobil-Abstellplätze betreffend, drehen sich die meisten TOPs um Neubauten, An- bzw. Umbauten oder Nutzungsänderungen.

Außerhalb eines gültigen Bebauungsplans werden sie nach §34 BauGB beurteilt, d.h. wie sie sich in die Umgebung einfügen, ob auf ähnliche Bauten in der Nähe Bezug genommen werden kann usw. Innerhalb eines gültigen Bebauungsplans muss abgewogen werden, ob Ausnahmen zulässig sind, ob sie im Einzelfall sinnvoll sind und keine ungewollten Präzedenzfälle schaffen (§31 BauGB).

Manchmal beurteilt das Landratsamt im Anschluss anders als wir im Bauausschuss. Es revidiert unsere Beschlüsse und schickt sie mit entsprechenden Anweisungen zurück. Diese Entscheidung gilt es dann, wenn vielleicht auch zähneknirschend, zu akzeptieren und Kompromisse zu finden.

Ähnlich „machtlos“ ist die Gemeinde, wenn es sich um sog. privilegierte Bauvorhaben im Außenbereich handelt (§35 BauGB). Ob die landwirtschaftlichen Belange überwiegen, wird dabei vom Landratsamt zusammen mit anderen Behörden wie dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) etc. geprüft.

Durch die gute Vorarbeit und Abwägung sowohl von juristischer als auch bautechnischer Seite durch die Mitarbeiter im Bauamt werden die meisten TOPs im Bauausschuss relativ schnell zustimmend oder ablehnend abgearbeitet.

In letzter Zeit ergaben sich jedoch manchmal längere Diskussionen wie z.B. bei der Bauvoranfrage und dem Antrag zur Errichtung von fünf Einfamilienhäusern mit Garagen im Ortsteil Meiling, bei denen der Ortssprecher sowohl von Architekt, Bauträger als auch von Bürgern erheblich involviert wurde. Wegen der Diskrepanzen um die geplante dichte Bebauung am ländlichen Ortsrand wurde die Verhandlung bis auf weiteres vertagt.

Es müssen jedoch auch immer wieder mal Projekte abgelehnt werden, wie folgende Beispiele zeigen:

Ein Haus sollte auf einem Grund errichtet werden, der nicht als Bauraum definiert und z. T. als private Grünfläche im Landschaftsschutz-

gebiet gelegen war. Dem widersprachen die landschaftlichen Vorgaben. Ebenso konnte ein nicht alltäglicher Antrag zur Errichtung eines großen Naturteichs auf einem Areal nahe dem Pilsensee nicht genehmigt werden, weil der naturnahe Erhalt der Ufer-Grundstücke Priorität hat. Besonders eigenartig war kürzlich ein Antrag auf Vorbescheid zur Errichtung einer bereits existierenden ausgedehnten Holzterrasse mit Zuwegung am nördlichen Pilsensee, obwohl das Bauwerk vom Landratsamt als weder bau- noch naturschutzrechtlich genehmigungsfähig erklärt wurde und ein Rückbau verlangt wurde. Dem Bescheid des Landratsamts konnte der Bauausschuss nicht widersprechen.

Auf der Seite der zahlreichen positiven Bescheide im letzten Halbjahr gab es auch besonders erfreuliche Planungen wie z.B. ein größeres Bauvorhaben in der Mitte eines kleineren Gemeindeorts, wo zwei Wohneinheiten mit Tiefgarage und sogar Spielplatz in lokal gefälliger Architektur entstehen sollen. Oder es sollen existierende, größere Häuser so umgebaut werden, dass mehrere Wohneinheiten darin entstehen und damit der dringenden Wohnraumnot in unserer Umgebung entgegengewirkt wird.
Das Schaffen von neuem Wohnraum (insbesondere auch Mietwohnungen) durch maßvolle Nachverdichtung ohne Zersiedelung und unnötige Versiegelung von Boden ist grundsätzlich das wünschenswerte Ziel im Bauausschuss.

Die Zusammensetzung des Bauausschusses der Gemeinde Seefeld finden Sie auf der Homepage der Gemeinde: https://www.seefeld.de

unter:

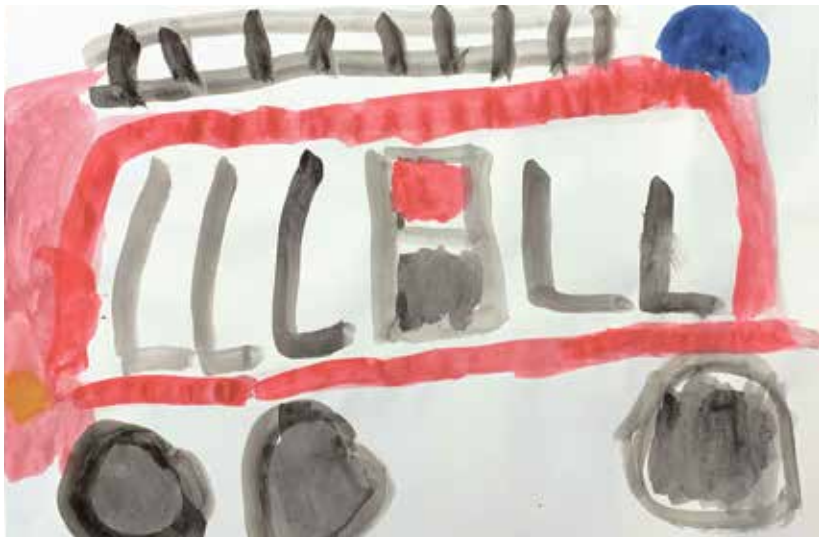
Ratsinfo / Ratsinfo für Bürger/ innen / Gremien/ Bauausschuss

Ein Wundertier,
Zeichnung: Luisa, 6 Jahre

Das Nahwärmenetz
In Seefeld hat die Zukunft schon begonnen

von Doris Kömmling

„Die Zeit drängt, wir müssen unsere CO_2-Emissionen so schnell wie möglich drastisch reduzieren.“ Wissenschaftler und Jugendliche von „Fridays for Future“, aber auch Politiker und Unternehmer wiederholen diese Forderung wieder und wieder. Doch an der Umsetzung mangelt es überall.
Im Landkreis Starnberg entfielen 2018 laut Energiebericht (aus dem Jahr 2020) lediglich 15% des Energieverbrauchs auf den Strombereich. Über die Hälfte der Energie wurde für das Heizen benötigt. Dabei stammen ca. 86% der Heizenergie aus fossilen Energiequellen, wie Erdgas oder Erdöl. Das zeigt klar: Gerade im Wärmebereich müssen wir etwas tun!
Andere Gemeinden wie Andechs versorgen bereits ihre kommunalen Liegenschaften mit zentral gewonnener Wärmeenergie. In Gilching wird derzeit durch die Gilchinger Gemeindewerke an einem Wärmenetz gebaut und Fuchstal im Landkreis Landsberg versorgt seit Jahren weite Teile seiner Siedlungsgebiete über ein klimafreundliches Wärmenetz. Im Umweltausschuss des Seefelder Gemeinderates wurde lange und ausführlich über ein Wärmenetz beraten. Es wurde sogar eine Exkursion zu einem funktionierenden Wärmenetz unternommen (ja, damals ging das noch) und 2019 beschloss der Gemeinderat dann einstimmig, verbindlich die Vorverträge für einen Anschluss der eigenen Immobilien entlang der Wärmeleitung an das geplante Wärmenetz zu unterschreiben. Nach den Kommunalwahlen 2020 war dann allerdings ein neuer Meinungsbildungsprozess notwendig.
Nun wird das „Nahwärmenetz Seefeld Oberalting“ mit einer Trassenlänge von 2,5 km endlich ab April 2021 zahlreiche Privatgebäude, beide Seniorenheime, Grundschule, Jugendhaus, Sportheim des TSV Oberalting-Seefeld, Bauhof, Feuerwehr, Tennishalle und in Zukunft auch das genossenschaftliche Wohnen der MARO mit klimafreundlicher Wärme versorgen. Für die Gemeinde Seefeld ist dieses Projekt ein Meilenstein auf dem Weg zur klimaneutralen Kommune, so, wie es vor vielen Jahren beschlossen worden war. Mit dem Anschluss der eigenen Liegenschaften setzt die Gemeinde endlich ihre eigenen Ziele um und nimmt ihre Vorbildrolle wahr.
Im Heizwerk der Fa. Schlecht wird die Wärme mit Restholz aus dem Sägewerk produziert. Als Backup für Wartungen und für Spitzenlasten steht ein zweiter mit Gas betriebener Kessel bereit, so dass die Wärme zu 95% aus erneuerbaren Energien kommt. Gebaut und betrieben wird das Wärmenetz von der Energie-Genossenschaft Fünfseenland eG, deren Mitglieder sich an der Finanzierung beteiligt haben. Durch die gelieferten 2.400 MWh pro Jahr werden in Zukunft in der Gemeinde jedes Jahr gut 440 Tonnen CO_2 eingespart. Nebenbei wird ein Kapitalabfluss vermieden und die lokale Wirtschaft gestärkt.
Im Zuge des Anschlusses an das Wärmenetz wurde offensichtlich, dass sich in den gemeindeeigenen Liegenschaften ein Sanierungsstau aufgebaut hatte. Das belastet nun zwar den Haushalt der Gemeinde, aber Fördergelder helfen bei der Finanzierung.
Mobile Ölheizungen vor der Grundschule und kalte Duschen für die Fußballer des TSV gehören damit aber der Vergangenheit an. Eine erhebliche Verbesserung zu vorher, nicht nur aus Klimaschutzgründen.



Feuerwehrauto, gemalt von Quirin, 5 Jahre

Mitfahrerbank
Beispiel Landsberg

Ebenfalls in der Gemeinderatssitzung am 04.02.2020 wurde der SPD-Antrag auf Einrichtung von Mitfahrerbänken als Ergänzung zum öffentlichen Nahverkehr behandelt. Da die Verwaltung den Beschlussvorschlag relativ negativ formuliert hatte, sah sich der damalige Gemeinderat nicht in der Lage, dem Antrag zuzustimmen, sondern forderte die SPD-Fraktion auf, Erfahrungsberichte aus anderen Kommunen einzuholen. Der Antrag wurde zurückgestellt und bisher nicht wieder behandelt.
Besonders die Bewohner der kleineren Ortsteile würden diese zusätzliche Möglichkeit der Beförderung, die keineswegs in Konkurrenz mit dem öffentlichen Nahverkehr stünde, sehr begrüßen. *Udo*

Poesie und Politik schließen sich nicht aus

SPD-Bundestagskandidatin Carmen Wegge stellt sich vor

von Carmen Wegge

SPD-Bundestagskandidatin Carmen Wegge

1989 im Ruhrgebiet geboren, stamme ich aus einer typischen „Arbeiter*innen-Familie“. Mit 15 bin ich in den Landkreis Fürstenfeldbruck gezogen und habe in Olching den Rest meiner Jugend verbracht.

Gesellschaftliches Engagement

In Bayern begann auch mein gesellschaftliches Engagement. Zunächst setzte ich mich im Verein TROJA Olching e.V. für das Jugendcafé vor Ort ein und begann, für die Jugendseite der Süddeutschen Zeitung zu schreiben. Beim „Nie Wieder-Magazin“ des Fördervereins für internationale Jugendbegegnung und Gedenkstättenarbeit in Dachau e.V. war ich Chefredakteurin. Parallel dazu fing ich an, auf Poetry Slam-Bühnen meine Themen wie Gerechtigkeit und gesellschaftliche Ungleichheit in Versform vorzutragen.

Poetry Slam, Jurastudium und Familie

Während des Jurastudiums war ich mit meiner Poesie im ganzen deutschsprachigen Raum und darüber hinaus unterwegs – in England genauso wie an der Elfenbeinküste. 2018 schloss ich mein Jurastudium ab, mit dem Ziel Arbeitsrichterin zu werden. 2019 heiratete ich die Liebe meines Lebens. Seit Ende des Jahres 2020 sind wir Eltern einer Tochter.

SPD-Mitgliedschaft

Zwar bin ich durch meine Herkunft schon früh sozialdemokratisch sozialisiert worden, aufgrund meines überparteilichen Engagements entschied ich mich aber erst 2013 in die SPD einzutreten. Schnell fand ich hier bei den Jusos meinen Platz. Mit ihnen initiierte ich eine Popularklage gegen das neue Polizeiaufgabengesetz (PAG) und organisierte mit zahlreichen anderen Organisationen mehrere Großdemos in München. Außerdem war ich dabei, als wir beim letzten SPD-Bundesparteitag beschlossen, die Sanktionen für Hartz IV abzuschaffen, um damit eine Kehrtwende in unserem Verständnis von Sozialpolitik einzuleiten. Inzwischen bin ich stellvertretende Juso-Landesvorsitzende und werde ab April die Jusos im Vorstand der BayernSPD vertreten.

Mein Wahlkreis: Starnberg – Landsberg am Lech – Germering

Wir sind Teil der Metropolregion München mit all ihren Vor – und Nachteilen. Die wirtschaftliche Stärke der Region wirkt sich positiv auf die Kommunen aus, bringt aber auch viel Zuzug mit sich, was zu einem Spannungsfeld zwischen Strukturwandel und Lebensqualität führt. Dass wir so gut dastehen, haben wir vor allem auch den Bürger*innen zu verdanken, die sich vor Ort in Vereinen und Initiativen engagieren und einen wesentlichen Bestandteil zur Lebensqualität in der Region beitragen.

Meine Themen vor Ort

Gerade wegen der wirtschaftlichen Stärke in unserem Raum darf kein Mensch auf der Strecke bleiben. Deshalb ist es für mich so wichtig, einen sozial-ökologischen Strukturwandel zu begleiten, und dafür zu sorgen, dass mehr Wohnraum für Normalverdiener*innen geschaffen wird, dass die Mobilität auf Nachhaltigkeit ausgerichtet wird, die Daseinsvorsorge bei den Kommunen bleibt, wir helfen, das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen und dass kulturelle Initiativen vor Ort unterstützt werden. Es ist Aufgabe der Politik, an der Seite aller Menschen in der Region zu stehen und für ihre gute Zukunft zu sorgen.

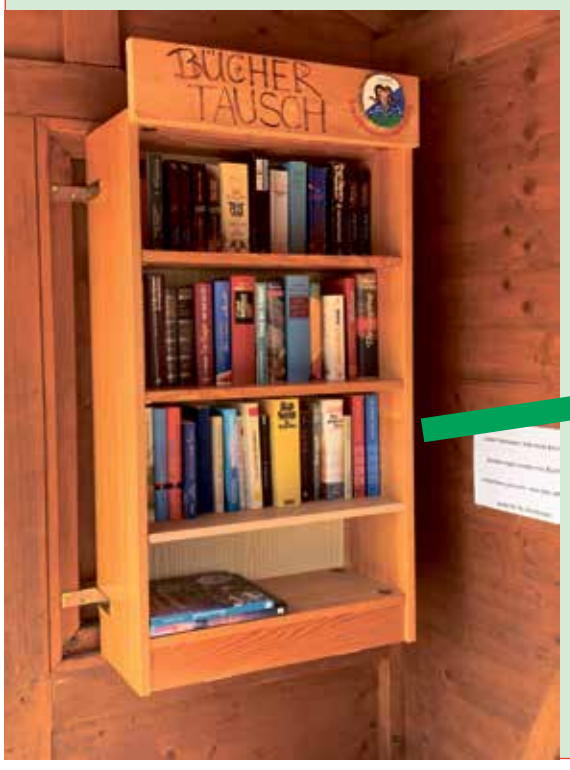
Meine Web-Seite

Mehr über mich, zu meinen Schwerpunktthemen und meiner politischen Arbeit erfahren Sie auf meiner Web-Seite:
www.carmen-wegge.de

Öffentlicher Bücherschrank

Es könnte so einfach sein

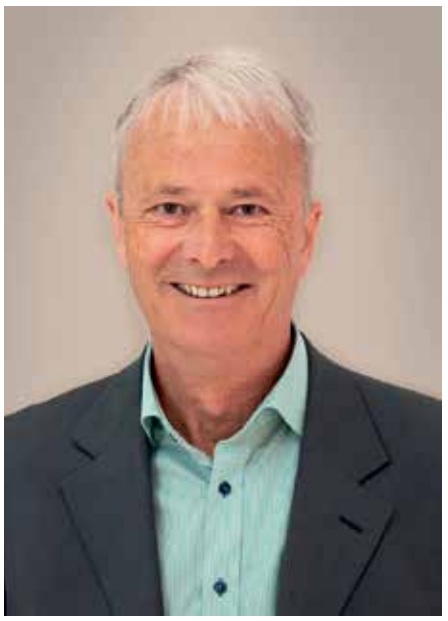
von Ute Dorschner



Der SPD-Antrag auf die Einrichtung eines oder mehrerer öffentlicher „Bücherschränke“ wurde in der Gemeinderatssitzung vom 04.02.2020 ohne Gegenstimmen beschlossen. Als Standort für das „Pilotprojekt“ wurde das alte Rathaus Hechendorf bestimmt. Für die Umsetzung, die Pflege und die Überwachung zum Schutz vor Vandalismus sollten Ehrenamtliche gefunden werden. Die Umsetzung dieses Beschlusses steht noch aus. Ergänzend dazu schlage ich jetzt vor, dass auch geeignete Bushaltestellen im Gemeindebereich für das Angebot ausgesucht werden. Die Nachbargemeinde macht es vor: Im hölzernen Wartehäuschen an der Widdersberger Kirche erfüllt ein einfaches Regal die Funktion. Leider sind Bushaltestellen vandalismusgefährdet. Aber sie sind auch Orte, an denen sich Menschen aufhalten, die Zeit haben, weil sie warten müssen. Ihnen könnte mit geringem Aufwand und einem kleineren Sortiment an Büchern die Wartezeit verkürzt werden. Einen Versuch ist es allemal wert!

Wie kommt ein Engländer zur Seefelder SPD
... und bleibt?

von Sean Hodges



Sean Hodges

Die Flucht nach Deutschland

Ich weiß es noch wie gestern: Am 18. Dezember 1987 bin ich spät nachmittags in Gröbenzell bei München angekommen. Hinter mir lag eine 8-jährige Karriere als Gymnasial- und Hochschullehrer. Meine nächste Arbeitsstelle war die eines Tellerwäschers auf dem Messegelände in München für 5 DM pro Stunde, 14 Stunden am Tag.

Natürlich fragt man sich: Wie kommt es zu dieser weit reichenden Entscheidung? Die Antwort ist einfach: Margaret Thatcher … und eine deutsche Freundin!

OK, ich war schon immer politisch eher links orientiert, wenn dann jemand einen gewaltigen Rechtsrutsch erzwingt, bin ich verständlicherweise „not happy“. Eine kleine Zusammenfassung: Thatcher und Reagan waren Anhänger der Doktrin der Wirtschaftsökonomen Hayek und Friedman. Heute sagt man Neoliberale dazu. Einfach gesagt, sie sehen den freien Markt als den einzigen Entscheidungsfaktor für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft; die Regierung existiert dann nur als eine Art Verwaltung.

Die neoliberale Zielsetzung

Aber was heißt das im Klartext? Hier ein Crash-Kurs in der Philosophie der freien Märkte, des Monetarismus‘ und der Trickle-down-Theorie, so wie ich das sehe.

1. Philosophie der freien Märkte: Regierungen sollten so wenig wie möglich in die Wirtschaft und Daseinsvorsorge eingreifen. Das gilt dann z.B. auch für Gefängnisse und Wasserversorgung. Es sollte außerdem wenig bis keine Regulierung auf dem Kapital- und Arbeitsmarkt geben, also auch keine Subventionen und Staatshilfen, und alle Aktivitäten in der Wirtschaft gehören in private Hand, um eine perfekte Mischung zwischen Angebot und Nachfrage zu erreichen. Die Steuern sollen so niedrig wie möglich sein; Gewinne können dann wieder investiert werden für noch bessere Jobs, höhere Gewinne und mehr Reichtum.

2. Monetarismus: Die Geldmengen-Politik steuert die Wirtschaft. Über die Zinspolitik kann man theoretisch die Inflation steuern. Wie wir jetzt sehen, funktioniert das nicht immer.

3. Trickle-down-Theorie: Wenn obige Prinzipien eingehalten werden, geht man im Neoliberalismus davon aus, dass es zum Trickle-down-Effekt kommt, d.h. „dass Wirtschaftswachstum und allgemeiner Wohlstand der Reichen nach und nach durch deren Konsum und [deren] Investitionen in die unteren Schichten der Gesellschaft durchsickern würden.“ (Wikipedia)

Die neoliberale Wirtschaftstheorie besagt also, dass zwar die Reichen immer reicher werden, aber weil sie so viel Geld ausgeben und Projekte anstoßen, auch die anderen Vorteile haben durch bessere Jobs und höhere Löhne. Das hat zwar teilweise funktioniert … aber – besonders in den USA und Großbritannien – haben die Reichen in letzter Zeit ihr Geld mehr und mehr in Steueroasen geparkt und die Arbeitsplätze nach China verlagert.

Am Ende zeigt sich die Welt im Jahr 2020 dann überrascht, dass ein Jeff Bezos von Amazon an einem einzigen Tag 13 Milliarden Dollar verdient!

Großbritannien zu Zeiten von Maggie Thatcher

Mit ihrer neu gewonnenen Macht und ideologischen Ausrichtung ging Maggie Thatcher wie folgt vor: Schließen unrentabler staatlicher Kohlegruben, was eine massive Arbeitslosigkeit zur Folge hatte, da keine finanzielle Unterstützung oder Umschulungen angeboten wurden, was zum Verschwinden von ganzen Siedlungen führte; Beschlagnahmung von Gewerkschaftsvermögen und Verbieten von Gewerkschaften in bestimmten Sektoren; Privatisierung von Staatsindustrien im Bereich der Daseinsvorsorge, wie etwa Gas, Wasser, Elektrizität, Bahn; Unterstützung von privaten Schulen durch Steuererleichterung, weniger Geld für staatliche Schulen und den Gesundheitssektor (N.H.S.); Deregulierung von Geldmengen im Bankensektor kombiniert mit niedrigen Risikorücklagen; weniger Schutz für Arbeitnehmer mit mehr „hire and fire“, usw.

In meinen acht Jahren Lehrtätigkeit in England haben die Gewerkschaften sechs Jahre lang gegen die Unterfinanzierung von Schulen gekämpft. Erfolglos.

Wir haben verloren, Thatcher hat gewonnen, ich habe England verlassen.

„Stranger in Paradise“ oder Segen der sozialen Marktwirtschaft

Ich sah dann in Deutschland endlich mal was Schönes: z.B. starke Gewerkschaften, die sich um ihre Mitglieder sehr effektiv gekümmert haben, enge Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit kleineren Lohnunterschieden, langfristig gut regulierten Wohnungsmärkten und fairen Preisen; Löhne, mit denen sich die meisten Menschen einen höheren Lebensstandard leisten konnten und dabei noch Geld sparen; Rentner, die genug bekamen, um ihre Mietkosten zu decken, ein Bankensystem, das langfristig billiges Geld für deutsche Unternehmer sicherte, anstatt immer mehr Gewinn zu machen und – *last but not least* – ein Mittelstand, der den größten Anteil des Vermögens in Deutschland besaß.

Ich bewunderte, wie die Deutschen für Stabilität in der Mitte sorgten, im Gegensatz zu den oben beschriebenen Exzessen in den USA und Großbritannien.

Am Anfang wollte ich nur drei Jahre bleiben, aber ich habe mich in einem wirtschaftlichen und sozialen Paradies wiedergefunden. Glücklicherweise waren meine Tage als Tellerwäscher bald vorbei. Ich lernte Deutsch und fing mit meiner Lehrerkarriere neu an mit einem Posten als Englischlehrer und später pädagogischer Leiter in einer großen Sprachschule in München. Ich hatte einen Vertrag, zahlte in die Renten- und Krankenkasse ein und bekam ein Gehalt, mit dem ich endlich mal etwas Geld sparen konnte. (In England hatte ich als Lehrer so wenig Geld am Monatsende, dass ich nur genug übrig hatte für einen kleinen Luxus z.B. eine Schallplatte, und dann war auf dem Konto wieder eine Null!) Meine politischen und finanziellen Sorgen waren jetzt geringer, weil ich Vertrauen in die Politik hatte; ich dachte, das faire System der sozialen Marktwirtschaft bliebe und würde in Deutschland geschützt.

Im August 2016 bin ich dann – sehr stolz – Deutscher geworden, auch weil ich dachte, es könnte knapp werden beim Brexit-Referendum. Zwei Wochen vor der Abstimmung habe ich meine deutsche Staatsbürgerschaft bekommen, und leider hatte ich Recht: Der Brexit ist da!

Etwas mehr als 30 Jahre später: Wo steht Deutschland jetzt?

Inzwischen weiß ich, dass das Paradies gepflegt und gewartet werden muss wie ein Auto. Und wenn sich Dinge nur langsam ändern, erkennt man die Veränderung erst, wenn es zu spät ist.

An ein paar Beispielen will ich darstellen, wohin sich Deutschland seit meiner Flucht aus England entwickelt hat. Die folgenden Informationen sind aus zuverlässigen Quellen und empirisch belegt (vgl. Bibliografie/Quellenverweis im Anhang).

- Seit 1991 ist die Produktivität des deutschen Durchschnittsarbeiters um fast 50% gestiegen, aber die Reallöhne (Lohn minus Inflation) sind fast gleichgeblieben (Martin, H.P. 2018:224).

- Seit 2003 beträgt die durchschnittliche Steuerbelastung pro Kopf in der EU ungefähr 38%. Für Unternehmen ging sie ständig nach unten bis um die 22% (Martin, H.P. 2018:224). Steueroasen unterstützen Firmen und Reiche beim Steuersparen. Der normale Bürger hat solche Chancen nicht.

- 2005 betrug die Kinderarmut in Deutschland fast 20% (Atkinson, A.B. 2015:215).

- Eine andere Studie fand heraus, dass 2001 in Deutschland 61% der Produktionsgewinne in Form von höheren Löhnen an die deutschen

Arbeitnehmer weitergegeben wurden. 2007 waren es nur noch 55%. Das heißt, Reichtum der Industrie geht immer weniger an die Arbeitnehmer zurück (Raworth, K. 2017: 189)

- 2014 verdienten die Geschäftsführer der DAX-Unternehmen 53 Mal mehr als ihre Mitarbeiter (Hans-Böckler-Stiftung, 2014, Wirtschaftswoche). OK, in den USA ist es 330 Mal so viel. Aber wir gehen in die gleiche Richtung.
- In nur einem Jahr – von Oktober 2019 bis Oktober 2020 – stiegen die Mietpreise um 7,3% im Durchschnitt in der gesamten Bundesrepublik (Statistisches Bundesamt 2020).
- 2017 besaßen 1% der Deutschen 18% des Vermögens. Damit besitzt dieses eine Prozent zusammen mehr als die ärmsten 75% der erwachsenen Bevölkerung in ganz Deutschland. Nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung gehört Deutschland innerhalb des Euroraums zu den Staaten mit der höchsten Vermögensungleichheit. (Bundeszentrale für politische Bildung, Okt. 2020)
- „Die Herkunft aus einer bestimmten sozialen Klassenlage hat trotz der Betonung von Chancengleichheit im Bildungswesen und der Hervorhebung des Leistungsgedankens in der Berufswelt nach wie vor einen starken Einfluss auf die spätere Klassenposition von Männern und Frauen in Deutschland.“ (Bundeszentrale für politische Bildung 2018).

Die Statistiken und Fakten sind endlos, aber alle zeigen das gleiche Bild: Immer mehr Steuerbelastung für die kleinen Leute, immer weniger Arbeitsplatzsicherheit trotz stetig wachsender Produktivität und immer höherer Kosten. Das Kapital wird immer mächtiger, und Arbeit wird immer billiger. Es gibt immer mehr Milliardäre und immer mehr arme Menschen. Und durch Corona wird alles nur noch schlimmer. Es scheint, als ob unsere vertraute soziale Marktwirtschaft immer weniger existiert.

Wenn man kein Fan von Statistiken ist, braucht man sich nur umzuschauen und sieht genug Beispiele. Ich bin immer überrascht, wie viele Menschen in Seefeld arbeiten, es sich aber nicht leisten können, hier zu wohnen. Letztes Jahr habe ich mit einem Taxifahrer geredet, der sich über „Uber“ beschwert hat. Das ist ein US-amerikanisches Unternehmen, das in vielen Städten der Welt Online-Vermittlungsdienste zur Personenbeförderung von privat gegen Entgelt anbietet. In Deutschland vermittelt Uber inzwischen ausschließlich Fahrten an lizensierte Mietwagenunternehmen. Uber ist nicht mehr als ein Mittelsmann in einer Lieferkette. Uber ist kein Arbeitgeber, zahlt keine Sozialversicherung oder Rentenversicherung und nimmt seinen Anteil vom Gewinn des befördernden Fahrers. Am Ende haben wir wieder weniger Regulation des Arbeitsmarkts, weniger Geld und weniger Sicherheit. Der sichere und fair bezahlte Job von vor 20 Jahren existiert nicht mehr!

Noch mal: Durch das seit Jahrzehnten Mantra-artige Wiederholen der angeblich positiven Effekte von freiem Wettbewerb, billigen Produkten und Dienstleistungen, lassen wir es zu, dass gut bezahlte Arbeitsplätze vernichtet werden und gleichzeitig ein Heer von billigen Arbeitskräften entsteht; wir lassen zu, dass die Unternehmensgewinne weiter steigen und die Chancen für Arbeitnehmer, Geld zu sparen oder sich eine sichere Zukunft aufzubauen, weiter sinken.

Ergebnis: Es gibt immer mehr Leute ohne ausreichendes Einkommen oder Rente und ohne Ersparnisse, die dann mit Hartz 4 oder einer Grundrente gerettet werden müssen, bezahlt von unseren Steuergeldern. Wir haben de facto eine Subventionierung von Unternehmensgewinnen.

Die SPD und ein Engländer in Hechendorf

Die SPD, obwohl sie nicht so viel politische Macht in Seefeld besitzt, hat seit Dekaden, unglaublich viel für die Gemeinde gemacht mit führenden Initiativen oder verschiedenen sozialen Projekten. Hier sind ein paar Beispiele: Engagement in der Agenda 21, Energiewende, Verkehrssicherheit und Mobilität (Tempo 30), zum Schutz des Aubachs, für altersgerechtes Wohnen, alternative Wohnformen, Ortsentwicklung, Flüchtlingshilfe usw.

Seefeld ist leider nicht immun gegen die wachsenden Gefahren der heutigen Zeit, auch wenn es momentan nicht so leicht zu erkennen ist, zeigt der Vormarsch des Neoliberalismus‘ bereits seine Auswirkungen und wird in Zukunft zum Problem werden.

Am Ende möchte ich den britisch-indischen Schriftsteller Rana Dasgupta zitieren, der die aktuelle wirtschaftliche Situation, befeuert durch die besonderen Extreme in Neu Delhi, so sieht: „Logisches Endergebnis der neoliberalen Revolution: Die politische Macht der unteren 90% ist sehr weit zurückgegangen und sie haben kaum noch Einfluss auf die Verteilung der Ressourcen [Arbeitskräfte und Geldmittel].“ Das heißt auch, dass sie keine Macht mehr über ihre eigene Zukunft und keine Mitbestimmung bei der Verteilung des Gewinns aus eigener Arbeit haben. Dasgupta sagt weiter, dass Unternehmen mehr Einfluss haben als Politik. (Dasgupta,R., 2021, S. 52)

In Deutschland hat die Union aus CDU/CSU diese Entwicklung befördert, teilweise mit Unterstützung der SPD, leider manchmal auch auf deren Betreiben hin, besonders unter der Regierung Schröder. Die Auswirkungen bei uns sind nicht ganz so krass wie in Großbritannien, gehen aber in dieselbe Richtung. Seit einiger Zeit versucht die SPD in Regierungsverantwortung die Auswirkungen der neoliberalen Politik abzumildern, z.B. durch Einführung des Mindestlohns und der Grundrente. Das schuldete sie nicht nur ihrer politischen Geschichte, sondern auch den Menschen. Sie ist jetzt auch wieder bereit, einen Weg zu gehen, bei dem der Mensch und die Umwelt im Mittelpunkt stehen und nicht Gewinn und globaler Einfluss. Wenn wir es schaffen, die Beziehung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern neu zu denken, Spaltung abzubauen und gemeinsam Verantwortung zu tragen für Wirtschaft, Umwelt und unsere Gemeinden, dann können wir die soziale Marktwirtschaft vielleicht nicht nur erneuern, sondern besser machen.

Noch kommt es mir allerdings so vor, als ob Maggie Thatcher wieder da wäre, nur dass ich ihr jetzt nicht mehr entfliehen will!

Bibliografie

Atkinson, A.B. (2015) Inequality: What can be done? Cambridge, Mass.: Harvard University Press

Bundeszentrale für politisches Bildung (2020)

Dasgupta, R. (2021) The Silenced Majority (Essay). Harper’s Magazine. Chicago.

Hans-Böckler-Stiftung (2014).

Martin, H.-P. (2018) Game Over: Wohlstand für Wenige, Demokratie für niemand, Nationalismus für alle und dann? München: Penguin.

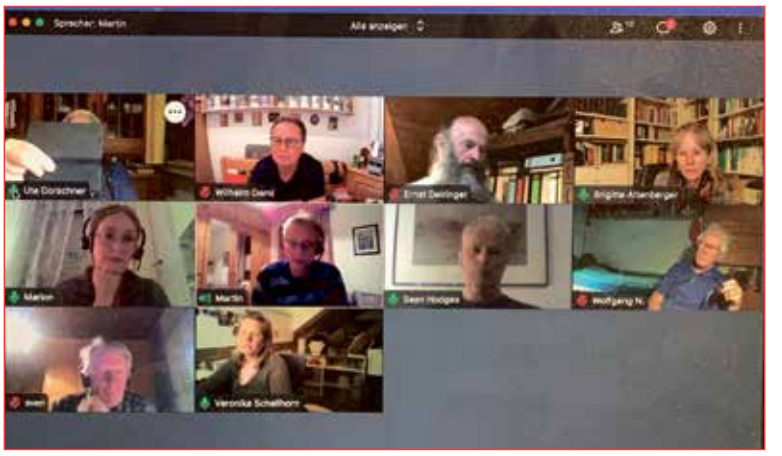
Raworth, K. (2017) Doughnut Economics. London: Random House; (2018) Die Donut-Ökonomie. München: Hanser.

Statistisches Bundesamt (2020).

SPD-Stammtisch des Ortsvereins

Nicht im Wirtshaus, aber wenigstens online

Dass sich der Ortsverein der Seefelder SPD regelmäßig zum Stammtisch und zu Gesprächen trifft, hat eine jahrzehntelange Tradition. In den vergangenen ca. 20 Jahren fanden diese Treffen in wechselnden Gaststätten im Gemeindebereich statt. Gäste waren immer sehr willkommen. Leider machte uns Corona im vergangenen Jahr auch da einen Strich durch die Rechnung. Treffen waren nicht mehr möglich. Doch auf den Gedankenaustausch verzichten? Nein, das kam nicht infrage und so probierten wir mehrere Programme für Video-Konferenzen aus. Zugegeben, die ersten virtuellen Treffen waren etwas gewöhnungsbedürftig. „Hallo zusammen, hört ihr mich? - Nein, du musst dein Mikro einschalten! - Das hört er doch nicht! - Kannst du ihn am Handy anrufen?“ Inzwischen sind die „Kinderkrankheiten“ mehr oder weniger überwunden und die Verständigung klappt ganz gut. Aber natürlich ist diese Art der Kommunikation kein Ersatz für einen echten Stammtisch mit echten Freunden! Aber wie beim „echten“ Stammtisch würden wir uns inzwischen beim virtuellen Stammtisch über Gäste freuen. Wenn Sie mit uns diskutieren möchten, schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an. Dann werden auch Sie zum nächsten Stammtisch via Internet eingeladen.
Udo



SPD-Stammtisch - mit unterschiedlich vielen Gesprächspartnern. Am 24. Februar 2021 hatten leider nicht alle Zeit.

Sicherer Hafen Seefeld:
Wie helfen vor Ort und im Mittelmeer!

von Marion Koppelmann

Als im September letzten Jahres das Flüchtlingslager in Moria abbrannte, sah Europa zu und verließ sich auf den von Griechenland angekündigten Neubau eines Ersatzlagers, um die obdachlos gewordenen Menschen unterzubringen. Immerhin hat die EU seit 2015 für die dortige Flüchtlingsunterbringung über 3 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

Zunächst wollten viele Geflüchtete nicht umziehen, sondern darauf aufmerksam machen, unter welchen Umständen sie untergebracht waren und werden. Von einem „Bau“ kann ohnehin in Kara Tepe keine Rede sein: wieder nur Zelte ohne Heizung, manche sogar ohne Boden. Erst seit Anfang 2021 gibt es warmes Wasser für eine Dusche pro Person pro Woche. Nicht nur Krätze kann sich so ideal ausbreiten ... Auch im neuen Lager leben die Menschen weiter unter unwürdigen Bedingungen, ohne Schutz vor Krankheiten, Kälte und Übergriffen und ohne ein ausreichendes Angebot für die Bildung und medizinische Versorgung insbesondere der Kinder.

.

Von den 1.500 vermeintlich Glücklichen, die die Bundesregierung nach Deutschland holen wollte, konnten bisher weniger als 1.000 hergebracht werden. Wegen Corona, heißt es. 2019 gründeten 13 Gemeinden die Initiative „Sichere Häfen“. Bis Ende 2020 haben sich ihr bundesweit mehr als 200 Gemeinden angeschlossen, um zu signalisieren, dass sie für eine aktive grundsätzliche Unterstützung der Flüchtlinge in Deutschland zur Verfügung stehen.

Den Menschen, die auf Lesbos bleiben müssen, muss sofort geholfen werden, befand der Ökumenische Helferkreis in Tutzing im November und rief zusammen mit dem Gemeinderat Ende vergangenen Jahres die Aktion „Tutzing hilft im Mittelmeer“ ins Leben. Die gesammelten, meist privaten Spendengelder werden nach Jury-Entscheid an gemeinnützige, auf Lesbos tätige Hilfsorganisationen weitergeleitet. So geht z.B. auch die oben erwähnte Duschmöglichkeit auf eine private Initiative zurück.

Von den Tutzingern geplant war und ist, dass sich weitere Gemeinden im Landkreis Starnberg anschließen. Einige haben das getan, bis sich das Landratsamt mit Vorbehalten in Sachen ordentlicher kommunaler Haushaltsführung bei den Kommunen meldete. Inzwischen ist man so verblieben, dass Gemeinden selbstverständlich ideell eine derartige Spendenaktion unterstützen dürfen, z.B. indem sie als Schirmherrin fungieren und etwa das Plakatieren im Rahmen von Spendenaufrufen gestatten oder Veranstaltungen zum Thema durch die Bereitstellung eines Raums unterstützen.

Darüber hinaus kann die Gemeinde ein weiteres Zeichen für die Unterstützung der Arbeit der Flüchtlingshelferkreise setzen und dem Bündnis „Sichere Häfen“ beitreten. Einen derartigen Antrag stellte die SPD-Fraktion im Seefelder Gemeinderat. Mit 600 Euro hatten sich Mitglieder des Ortsvereins Seefeld im Vorfeld spontan bei der Tutzinger Aktion beteiligt, die inzwischen schon über 60.000 Euro gesammelt hat.

Das Plakat der Tutzinger Aktion, für Seefeld angepasst

Die Seefelder SPD hoffte vergebens auf den offiziellen Beitritt Seefelds zur bundesweiten kommunalen Aktion „Sichere Häfen“. Dann hätte auch unser Helferkreis - moralisch gut unterstützt - zu einer Spendenaktion „Seefeld hilft im Mittelmeer“ aufrufen können. Und die Gemeinde hätte ein weiteres Zeichen für Empathie und Humanität gesetzt und gezeigt, dass sie - über den eigenen Tellerrand hinwegschauend - auch in Corona-Zeiten das Leid und die Not vieler Menschen an den Grenzen Europas nicht vergisst.

Doch leider wurde in der Gemeinderatssitzung am 2. März 2021 der Antrag der SPD mehrheitlich abgelehnt!

Wohnen, Essen, Spielen, Schlafen auf ca. 13 qm
Ein Zimmer für Flüchtlinge

von Ute Dorschner

In Deutschland angekommen, können die Flüchtlinge erst einmal durchatmen. Doch nach einer ersten Orientierungsphase beginnt für sie der Alltag in einer bisher völlig fremden Umgebung und mit einer Sprache, die sie zunächst nicht verstehen. Die Wohnsituation in den Gemeinschaftsunterkünften ist prekär (ca 7 qm stehen einer Person zu) und oftmals extrem schwierig, wird aber selbstverständlich akzeptiert, weil sie eine unermessliche Verbesserung gegenüber der Monate der Flucht darstellt.

Mit geregelter Arbeit, eigenem Einkommen und zunehmender Integration wird der Wunsch nach einer eigenen Wohnung immer stärker. Aber auf dem freien Wohnungsmarkt erleben Flüchtlinge, besonders die aus Afrika, viel Diskriminierung. Wenn Sie sich auf eine Wohnungsanzeige hin bewerben, bekommen sie in den meisten Fällen keine Antwort oder müssen sich sagen lassen, dass die Wohnung leider schon vergeben sei.
In diesem Zimmer einer Gemeinschaftsunterkunft lebt eine junge Frau mit ihren beiden lebhaften Kleinkindern. Fände sie Vermieter, die einer jungen Familie aus Afrika eine bezahlbare Wohnung anbieten würden, könnte sie sofort umziehen. Doch auf dieses Wunder wartet sie nun schon seit mehreren Jahren.
Im Landkreis STA beginnt gerade die Diskussion, wie mit den Containerdörfern weiter verfahren werden soll. Die ersten Gemeinden signalisieren schon, dass sie die Gemeinschaftsunterkünfte am liebsten schnell wieder los wären. Doch im Landratsamt weiß man, dass damit viele hundert Menschen im Landkreis obdachlos würden. Es gibt keine schnelle Lösung des Problems. Die Container werden wohl noch bleiben müssen, bis ausreichend Wohnungen gebaut sind - für die mittlerweile gut integrierten, anerkannten Flüchtlinge ebenso, wie für die vielen Wohnungssuchenden, die nicht als Flüchtlinge ins Land kamen, aber ähnlich dringend eine Wohnung suchen.
Sie alle wären glücklich in Wohnungen, deren gesamte Wohnfläche kleiner ist, als manches Wohnzimmer in einem Einfamilienhaus. Das Statistische Landesamt meldet für den Erhebungszeitraum von 1991 bis 2019 eine Zunahme des Wohnraums pro Person von rund 10 qm (Quelle: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/254985/umfrage/wohnflaeche-je-einwohner-in-bayern/).
Im Landkreis Starnberg sprechen die Zahlen eine noch viel deutlichere Sprache! Jede und jeder Einzelne beansprucht kontinuierlich mehr Wohnraum, wenn - ja, wenn - er es sich leisten kann.
Ganz nach dem Motto „Wer ko, der ko“ geht man bei der Planung seines Hauses an die Grenzen des Bebauungsplans oder knapp darüber hinaus (und beantragt dann im Zuge der Planung eine Befreiung!). Große, helle Wohnbereiche und großzügige Bäder sind erstrebenswert und vermitteln Wohnkomfort.
Doch auch hier geht die Schere ständig weiter auf. Die einen können sich (fast) alles leisten, während die anderen kaum wissen, wie sie bis Monatsende über die Runden kommen und an welchem Tisch ihre Kinder Hausaufgaben machen sollen.
Gerecht ist das nicht!

Was am Ende bleibt

Eine sehr persönliche Geschichte

von Angela Pflügler

Unser Uropa, Zeichnung von Leopold, 10 Jahre

Ich war sehr verunsichert, aber auch ein bisschen stolz, als mein Vater mit seiner Lebenspartnerin vor einigen Jahren wie auch früher schon oft mit dem Auto seine Reise nach Kärnten und in die Steiermark antrat. Da war er 92! Mein Vorschlag, dass ich die beiden dorthin bringen könne, sie dort das Auto behalten und ich mit dem Zug zurück fahren könnte, wurde mit einem Blick zur Decke und mit rollenden Augen beantwortet. Unbeirrt traten sie ihre Reise an.

Auch das Jahr darauf begann für die beiden hoffnungsvoll und voller Reisepläne. Für die Urenkeltöchter baute mein Vater einen kleinen Leiterwagen für ihre Puppen. Die Anmeldung in einem Altenheim, auf die ich dann doch sehr drängte, verlief widerwillig. „Wenn's unbedingt sein muss, aber bild' dir bloß nicht ein …".

Aber dann passierte es: Eine unbedachte Handlung von ihm, gut gemeint und basierend auf seinem alten Erfahrungsschatz, führte dennoch zu einem schlimmen Unfall, der den Einsatz von Feuerwehr, Notarzt usw. nach sich zog. Den ganzen Ablauf zu beschreiben, würde hier den Rahmen sprengen.

Nach diesem Unglück war er „nicht mehr er selbst". Die Ärzte diagnostizierten eine verdeckte Demenz, vermutlich ausgelöst durch den Schock über das Ergebnis seines Handelns. Mehrere Krankenhausaufenthalte folgten. Dann geriatrische Reha, Kurzzeitpflege. Es ging wieder ein bisschen aufwärts. Die bereits im Krankenhaus beantragte Pflegestufe wurde bewilligt. Ich hatte inzwischen ein Erwachsenendreirad besorgt, mit dem er nun zum Entsetzen seiner Lebenspartnerin ziemlich lange Ausflüge machte - zu einem Bierchen mit alten, aber deutlich jüngeren Freunden, zum Friedhof, um das Grab seiner Frau, meiner Mutter, zu gießen … Zunehmend häufiger fand er nicht mehr zurück nach Hause.

Ein Pflegeheim rief an. Jetzt wäre ein Apartment für ein Paar frei. Für die Entscheidung hätten wir einen Tag Zeit. Das sei immer so, wurde uns gesagt. Denn die nächsten Bewerber würden schon warten.

Die Entscheidung der beiden war ein klares „Nein". Meine Bitte „lasst Euch wenigsten beim Baden, Saubermachen u.ä. helfen" wurde überhört. „Bei uns kommt niemand Fremdes ins Haus." Gemeinsam zum Einkaufen zu gehen war gerade noch möglich.

Dann kam, was nicht kommen sollte: Mein Vater stürzte beim Aufstehen aus dem Bett. Er konnte sich nicht mehr bewegen. Der Rettungsdienst war schnell da und brachte ihn in ein großes Krankenhaus. Es wurde ein Schlaganfall diagnostiziert. Am dritten Tag konnte er sich immer noch nicht bewegen und war vollkommen verwirrt. Auf die Frage, ob das Röntgenbild einen Bruch aufweisen würde, wich der Arzt aus. Man wäre dran. Ich war fassungslos und bestand darauf, dass sofort geröntgt wird. Wegen der Personalknappheit musste ich der Röntgenassistentin helfen, meinen Vater auf den Röntgentisch zu heben. Wie schon gesagt, es war ein großes Krankenhaus und die Erfahrungen, die ich dort mit meinem Vater machen musste, würden Seiten füllen. Da half nur, den Pflegenotstand selbst auszugleichen: meinen Vater zu waschen, zu füttern, Toilette zu machen - und das nach der Arbeit - über einen Zeitraum von drei Wochen. Corona-Beschränkungen gab es damals noch nicht.

Vom Krankenhaus aus zurück nach Hause zu seiner Lebenspartnerin war in dieser Situation keine Option. Also telefonierte ich mit ca. 30 Altenheimen im Umkreis von 50 Kilometern im Westen, Süden und Norden unseres Landkreises, um einen Platz in der Kurzzeitpflege zu finden, erhielt aber nur Absagen. Schließlich konnte der Sozialdienst des Krankenhauses helfen und vermittelte einen Platz im Osten von München, der mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur schwer und mit mehrfachem Umsteigen zu erreichen war. Für die Lebenspartnerin eine unüberwindbare Hürde. Sie konnte meinen Vater dort nicht täglich besuchen.

Dann kam der Anruf eines Altenheimes aus der Nachbarkreisstadt: „Wir haben einen Platz für Ihren Vater." Er wurde liebevoll aufgenommen und aus dem Kurzaufenthalt wurde eine Dauerunterbringung, die für die Paarbeziehung zu einer neuen Herausforderung wurde. Da seine Lebensgefährtin nicht mit ins Heim ziehen wollte, blieb uns nur, die Wochenenden mit ihm zu Hause zu gestalten.

Mein Vater hatte während seiner fast 50-jährigen Arbeitszeit als Handwerker immer Tariflohn erhalten. Er hatte ein faires Einkommen, nicht üppig, aber es reichte. Später dann, mit Rente und Betriebsrente, war sein Auskommen ebenfalls gesichert und er kam als sehr sparsamer Mensch gut damit zurecht. Doch mit dem Umzug ins Altenheim fehlten plötzlich 1000 € monatlich, da jeden Monat 2500 € Heimkosten als Eigenbeteiligung anfielen. Das Ersparte schmolz, was grundsätzlich in Ordnung ist. Doch wenn die Reserven aufgebraucht sind, müssen sich die Angehörigen maßgeblich an den Heimkosten beteiligen.

Das „Angehörigen-Entlastungsgesetz", eingebracht und durchgesetzt von Hubertus Heil (SPD), Bundesminister für Arbeit und Soziales, zieht seit 2020 Angehörige erst zu Unterhaltszahlungen heran, wenn ihr Jahreseinkommen 100.000 Euro brutto übersteigt. Das bringt für viele Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen eine riesige Entlastung. Sie müssen vom eigenen Einkommen nicht mehr, wie hier in diesem Beispiel, bis zu 1000 € abknapsen. Ein erster Schritt zur Entlastung.

Aber, müssen wir nicht weiterdenken? Es werden in Zukunft viel mehr über Neunzigjährige leben als heute. Ich selbst gehöre zur „Generation Babyboomer". Am Beispiel meines Vaters ist mir deutlich geworden, wie wichtig es ist, sich zeitig mit dem Älterwerden zu beschäftigen. Es ist nicht einfach, alles selbstbestimmt zu regeln, weil es so viele Unbekannte gibt, auf die wir (noch) keinen Einfluss haben. Auch wenn wir alle in eine Pflegekasse einzahlen und vielleicht auch noch private Altersvorsorge treffen, wird es dann reichen? Heute jedenfalls reicht es in vielen Fällen nicht, sogar auch dann nicht, wenn sich die Rente aus „fairem Lohn" speist. Und selbst wenn unter bestimmten Voraussetzungen ein Anspruch auf Sozialhilfe möglich ist, widerstrebt es vielen aus moralischen Gründen, diesen Antrag zu stellen

Gerade jetzt in Coronazeiten wird deutlich, wie unsere Pflegekräfte am Limit ihrer Kräfte sind und für kleines Geld arbeiten, oft keinen Tariflohn haben, oder Pendler aus dem Ausland sind. Die Diskussion, was grundsätzlich verändert werden muss, steht da erst am Anfang.

Während ich hier schreibe, liegt mein Vater in einem kleinen Krankenhaus. Er hat sich beim Anziehen den Oberschenkelhals gebrochen, weil er etwas alleine machen wollte und dabei gestürzt ist. Nach der Operation rief mich um Mitternacht der operierende Arzt an und sagte, dass mein Vater alles gut überstanden habe. Er sprach mir Mut zu und versicherte, dass sie dort für ihn gut sorgen würden. Wie gesagt, jetzt ist er in einem kleinen Krankenhaus. Mein Vater nimmt sogar den Hörer ab, wenn ich ihn anrufe. Den Rest weiß er dann nicht mehr so genau, aber er kennt meine Stimme und freut sich. Ich kann ihn nicht besuchen ...

Trost bei Paul

Gebrüll gibt es bei der kleinsten Auseinandersetzung. „Anzicken" war gestern bei unseren beiden fünfjährigen Enkelkindern. Es ist erstaunlich, wie die Veränderungen im Alltag auch auf die Jüngsten wirken, seit wir mit der Pandemie leben müssen. Was früher mit einem „na gut, dann machen wir das eben soooo…" geendet hätte, löst jetzt eine kleine Katastrophe aus: Der eine zieht gleich seine Schuhe an und „will aber so was von sofort nach Hause", während der andere mit der Tür knallt und seinen besten Freund „nie, nie, nie wieder" sehen will!

Der Ton ist lauter geworden, auch zwischen Eltern und Kindern. Sätze wie z.B. „Zeig mal deine Hausaufgaben", bringen unseren schulpflichtigen Enkel im Handumdrehen auf hundertachtzig. Denn „gemacht" hatte er im Hort nicht viel, obwohl genügend Zeit dazu gewesen wäre. Das meinen zumindest die Eltern. So knistert es jeden Tag im Gebälk. Gott sei Dank gibt es Paul, den Kater von Oma und Opa. Der bekommt so manche Träne in sein Tigerfell. *Apf*

Blühende Äcker und Wegränder

Umwandlung von Ackerflächen und Grünstreifen

von Sebastian Schmidinger

Blühstreifen am Aubach, angelegt von der Schutzgemeinschaft Aubachtal und der Agenda-Gruppe „Ortsbild“.

Aufgrund des Bienen-Volksbegehrens hat der bayerische Landtag Ausführungsregeln beschlossen, die die Umwandlung von Acker in sog. Blühflächen regelt und bezuschusst.
So gibt es jetzt ein Kulturlandschaftsprogramm, angesiedelt in den Landwirtschaftsämtern, das Landwirte und -wirtinnen beim Anlegen von sogenannten Blühwiesenflächen unterstützt: Programm B48 und B61 für fünfjährige Bewirtschaftung und B47 für die einjährige Bewirtschaftung. Für den Verlust an Anbaufläche und die zusätzlichen Maßnahmen werden 600 € pro Hektar jährlich ausbezahlt. Eine „Anreizkomponente“ ist in dem Prämiensatz nicht berücksichtigt, weil die EU-Kommission das leider nicht erlaubt. Voraussetzung ist, dass der hochqualifizierte Samen (QBB-Mischung) vom Landhandel usw. bezogen und angesät wird. Die Landesanstalt für Landwirtschaft hat hierzu eine Infobroschüre veröffentlicht.
https://www.lfl.bayern.de/mam/cms07/iab/dateien/qualität_kulap-blühmischungen.pdf

Im Internet informiert die Landesanstalt über die Inhalte dieser Maßnahme:
https://www.lfl.bayern.de/iab/kulturlandschaft/030381/index.php

Die Kosten liegen bei 150 € - 200 € pro Hektar für die fünfjährige Option. Pro Betrieb werden maximal 3 Hektar bezuschusst. Bei B61 liegt die Obergrenze bei max. 30% der Ackerfläche abzüglich der B48-Fläche. Bis zum 24.02.2021 konnten online die entsprechenden Förderanträge ans Landwirtschaftsamt geschickt werden.
Die Landwirte Dosch und Neumüller haben bereits ihre Mitwirkung zugesagt. In den beiliegenden Plänen kann man die geplanten Flächen einsehen.

Darüber hinaus gibt es aber auch noch weitere Möglichkeiten, ähnlich wie in Inning an der Ortseinfahrt von Hechendorf her, das sogenannte Straßenbegleitgrün in Blumenwiesen zu verwandeln.
In Absprache mit Frau Madeker von der unteren Naturschutzbehörde, die vor allem die Umwandlung von „Graswüsten“ in nachhaltige, mit standortgerechten Kräutern und Blumen versehene Wiesen fördern möchte, könnten aber kleinere Areale an Straßenrändern „gärtnerisch“ behandelt werden und somit neben dem positiven Effekt für die Insekten auch für das Aussehen unserer Gemeinde wirken. Über mögliche Flächen wurde ebenfalls mit Frau Madeker gesprochen.
Die Idee der Verwirklichung ist so angedacht:
Die Umwandlung von Ackerflächen wird von den Landwirten im Landwirtschaftsamt in FFB angemeldet und von dort nach den Richtlinien bezuschusst. Ein Spenderkreis und die Gemeinde Seefeld sind bei der Beschaffung des Samens behilflich.
Die gärtnerische Umwandlung von Straßenbegleitgrün in blühende Flächen übernehmen der Bauhof der Gemeinde oder auch in Vertretung die obengenannten Landwirte, da sie die notwendigen Maschinen besitzen. Diese Tätigkeit wird von der Gemeinde und dem Spenderkreis getragen.

Gartenteich mit Zauberblume (oben) und Corona (rechts), von Luisa, 6 Jahre

Die Zusammensetzung des Umwelt- und Energieausschusses
der Gemeinde Seefeld finden Sie auf der Homepage der Gemeinde:
https://www.seefeld.de
unter:
Ratsinfo / Ratsinfo für Bürger/innen / Gremien/ Umwelt- und Energieausschuss

Landwirt Bernhard Neumüller junior
im Gespräch mit Sebastian Schmidinger

von Sebastian Schmidinger

Ein Paradies für Honigbienen: Das Hechendorfer Sonnenblumenfeld
Foto B. Neumüller

Die Landwirtschaft hat derzeit einen schweren Stand: Sie soll alles für den Verbraucher günstig produzieren und ist dabei einem gnadenlosen Zwischenhandel ausgeliefert (Aldi, Lidl, Amazon, etc.), weil sehr viele Menschen das billige Produkt dem teuren, artgerechten und ökologisch nachhaltig erzeugten Produkt vorziehen. Auf der anderen Seite soll der Bauer die vorhandene, eh schon verletzte Natur (Artensterben, Klimawandel, Pestizideinsatz, Grundwasserprobleme) bewahren und wieder verbessern, eingezwängt in ständig wechselnde Vorschriften der Landwirtschaftsämter und einem Subventionsgebaren der EU, das die großen Flächen bevorzugt und eine nachhaltige ökologische Landwirtschaft der kleineren Bauern außen vor lässt. Und diese Problematik gibt es selbstverständlich auch in Seefeld mit seinen "Dörfern", die vor hundert Jahren noch reine Bauerndörfer waren. Der Ruf der Landwirte ist schlecht, alle reden mit, und keiner hat eine wirkliche Ahnung. Zu Unrecht, meint Dr. Schmidinger. Er will mithelfen, das Problembewusstsein der Seefelder Bürger und Verbraucher zu schärfen und dann vielleicht damit das Konsumverhalten in die richige, sprich nachhaltige und ökologische Richtung zu führen, damit die wenigen Seefelder Bauern und Bäuerinnen auch in ihren Berufen überleben können und "unsere" Landschaft erhalten.

Da ist es am besten, man redet miteinander:

Herr Neumüller, Sie sind Landwirt in Hechendorf und haben nach der Ausbildung zum Landwirtschaftsmeister den Betrieb Ihres Vaters übernommen. Zuvor waren Sie in einem anderen Beruf tätig. Wie ist es zu dieser Entscheidung gekommen?

Rückblickend frage ich mich das auch manchmal. Ein geregeltes Einkommen, bezahlte Überstunden und 30 Tage Urlaub im Jahr. Warum habe ich das aufgegeben, um den Weg in die Landwirtschaft einzuschlagen, wo ich all das nicht mehr habe? Es hat viel mit Werten und Familientradition zu tun. Was vor mir aufgebaut wurde, möchte ich einfach innerhalb der Familie weiterführen. Aber ich würde lügen zu sagen, dass ich vollumfänglich wusste, worauf ich mich da einlasse. Das können bestimmt viele nachvollziehen, die auch den Weg in die Selbstständigkeit gewagt haben.

Können Sie davon leben?

Ja, ich alleine schon. Eine Familie alleine mit diesem Einkommen zu ernähren, wäre allerdings schwierig. Meine Betriebsgröße zählt heutzutage kaum noch als Vollerwerbsbetrieb. Zusätzlich muss man wissen, dass nicht alles, was ich an Fläche bewirtschafte, mein Eigentum ist, sondern zum Teil auch zugepachtet ist. Wenn die Eigentümer irgendwann entscheiden, dass man die Fläche nicht mehr verpachten möchte, entfällt für mich ein Teil meiner Existenzgrundlage. Insofern habe ich auch nur begrenzte Planungssicherheit.

Manche Landwirte verkaufen ortsnahe Grundstücke, um zu überleben. Was halten Sie davon?

Zunächst mal muss man dazu wissen, dass Ackerland bei uns ca. 10-20 €/m² wert ist – auf jeden Fall weit entfernt von Baulandpreisen. Erst wenn eine Gemeinde von ihrer Planungshoheit Gebrauch macht und einen Bereich ausweist, der für andere Zwecke (z.B. Wohnen, Gewerbe, Infrastruktur) genutzt werden soll, wird gegebenenfalls Ackerland dazu benötigt. Das hat der Landwirt nicht unbedingt in der Hand. Je nachdem, wie hoch das öffentliche Interesse ist, kann es auch gut sein, dass der Verhandlungsspielraum beim Preis dann sehr gering ist. Kommt es wirklich zu einem Verkauf, muss der Gewinn komplett betrieblich versteuert oder in andere Grundstücke/Gebäude reinvestiert werden – anders als bei Privatverkäufen. Dazu gibt es in der näheren Umgebung nicht immer passende landwirtschaftliche Flächen zu kaufen. Aber klar, wenn man größere Investitionen (z.B. Stallbau) plant, braucht man Eigenkapital und das kann über so ein Grundstücksgeschäft schon erzielt werden. Gleichzeitig schmälert der Landwirt damit aber auch sein Bodenkapital.

Bernhard Neumüller jr., Foto privat

Sie arbeiten allein mit Ihrer Partnerin. Lässt sich die Landwirtschaft so stemmen, oder haben Sie Hilfe?

Da meine Partnerin berufstätig ist und nicht immer flexibel einspringen kann, muss ich grundsätzlich meine Arbeitszeit alleine kalkulieren. Wie für den Ackerbau typisch, geschieht während der Vegetationszeit von März bis Oktober sehr viel – vieles auch gleichzeitig. Das Wetter können wir schließlich nicht beeinflussen und dann muss vieles innerhalb weniger Tage ablaufen. In diesen Phasen ist es regelmäßig eine große Herausforderung und dann bin ich sehr dankbar für die Unterstützung, auch im Rahmen der landwirtschaftlichen Nachbarschaftshilfe. In den Wintermonaten ist es dafür eher ruhiger. Einige Tätigkeiten werden auch von Lohnunternehmern als externe Dienstleistung übernommen, weil es sich für mich gar nicht lohnen würde, die Technik selbst anzuschaffen.

Früher hatte jeder Bauer Kühe, die auf den Wiesen um die Dörfer herum gegrast haben. Die Kühe sind nahezu verschwunden. Warum?

Na ja, generell gibt es weniger kleine Milchviehbetriebe – die haben weitestgehend schon vor dem Strukturwandel kapitulieren müssen. Aus wirtschaftlicher Sicht ist es auch für viele Betriebe nicht möglich, die Kühe auf die Weide zu lassen. Dann gibt es da vielleicht noch Kühe, man sieht sie aber nicht, weil sie im Stall stehen. Einzig im Bio-Bereich ist eine Freilandhaltung verbindlich vorgeschrieben. Wer also Kühe auf der Weide vermisst, sollte verstärkt zu Bio-Milchprodukten oder solcher aus „Weidehaltung" im Kühlregal greifen. Damit kann man diesem Trend ein Stück weit entgegenwirken.

Sie selbst haben ja auch vor ein paar Jahren auf Bio umgestellt. Warum?

Die Korbblüten richten sich immer nach der Sonne aus, *Foto B. Neumüller*

Katharina Müller, Foto privat

Mir ist Nachhaltigkeit wichtig. Das ökologische Gleichgewicht und ein gesunder Boden sind die wichtigsten Grundlagen, damit wir auch in Jahrzehnten überhaupt noch Landwirtschaft betreiben können. Aber es gibt auch Herausforderungen, mit denen man hier umgehen muss. Zum Beispiel werden unsere Erzeugnisse nicht unmittelbar zum Zeitpunkt der Ernte weiterverkauft, wie es im konventionellen Bereich meistens der Fall ist. So benötigen wir Lagerflächen, um die Ernte selbst einlagern zu können. Zwar bin ich überzeugt davon, dass die ökologische Bewirtschaftung der richtige Weg ist, aber es bringt auch Risiken und Investitionen mit sich, die über die vermeintlich höheren Marktpreise ausgeglichen werden sollten. Und da hapert es häufig noch. Auch ist die derzeitige ökologische Landwirtschaft noch nicht der Weisheit letzter Schluss – da muss noch vieles optimiert werden.

Wie weit kann Direktvermarktung die Situation verbessern?

Die Direktvermarktung ist ein großartiges Instrument, damit wir in den unmittelbaren Kontakt zu den Kunden/Verbrauchern kommen. Spannend sind vor allem die Gespräche, die dabei entstehen. Und wir stellen fest, wie oft wir damit bei den Menschen "Aha-Effekte" auslösen, weil sie viele Zusammenhänge gar nicht kennen und es natürlich auch gar nicht zu ihrem alltäglichen Interessensgebiet gehört.

Für uns ist es ein Versuch, die Wertschätzung für unsere Produkte bei der Bevölkerung zu steigern. Sie können beste Produkte bei uns kaufen und können damit ihren ganz direkten Beitrag leisten, damit landwirtschaftliche Betriebe wie meiner, noch weiterhin bestehen können. Allerdings ist die Direktvermarktung auch sehr arbeitsintensiv und unsere Zeit begrenzt. Wir können das auch nur dann machen, wenn es sich irgendwie für uns rechnet. Sonst verwenden wir unsere Zeit lieber wieder anders.

Werden Sie Ihren Kindern zum Beruf in der Landwirtschaft raten?

Ich glaube, man sollte Kindern überhaupt nicht zu irgendwelchen Berufen raten. Die Welt verändert sich so rasant und es wird unzählig viele Möglichkeiten geben, die wir heute noch gar nicht auf dem Schirm haben. Sofern der Strukturwandel in der Landwirtschaft so voranschreitet wie es heute der Fall ist, wäre unser Betrieb in Zukunft höchstens noch hobbymäßig zu betreiben – so realistisch muss man einfach sein. Schafft man es aber, sich zu halten, zu spezialisieren und Nischen zu finden, kann es auch für eine nächste Generation spannend werden. Sollten Kinder von sich aus ein Interesse daran entwickeln, sollte man sie nicht abhalten. Aus meiner Erfahrung würde ich aber empfehlen, zusätzlich einen anderen Beruf zu erlernen.

Die Bio-Produkte vom Neumüller-Hof und „Fräulein Müllers" Kartoffeln aus Alling kann man direkt am Hof kaufen:

- täglich von 9 bis 17 Uhr (Selbstbedienung)
- Samstag am Vormittag sind wir meistens persönlich da, um frisches Öl zu pressen

Adresse: Am Oberfeld 8 in Hechendorf

In den folgenden Ausgaben der PilsenseeNachrichten werden wir weitere Betriebe und Direktvermarkter vorstellen!

Sie haben im letzten Jahr ein Sonnenblumenfeld angelegt. Es war wunderschön, aber rentiert sich das?

Für unsere Standortbedingungen und im Rahmen meiner Fruchtfolge passte das Sonnenblumenfeld erst mal gut. Der Preis für die verkaufte Ware ist gut und insofern bin ich zufrieden. Neben dem reinen Markterlös ist eben auch die Abwechslung der Kulturen auf den einzelnen Feldern wichtig. Und da muss man ein bisschen herumprobieren, was für die eigene Fruchtfolge gut funktionieren kann. Aber auch hier ist es mit der Einlagerung der Ernte gar nicht so einfach, denn die Sonnenblumenkerne haben ein großes Volumen, brauchen also noch mehr Platz als z.B. Weizen. Im nächsten Jahr könnte ich sie auf einer Fläche von rund 20 Hektar anbauen (im letzten Jahr waren es 6 Hektar), aber ehe ich das entscheiden kann, muss ich erst klären, wie die Lagerung aussehen kann. Stand heute würde das mit meinen Möglichkeiten gar nicht funktionieren. Und so bleibt es einfach immer spannend...

Sandarium am Aubach

Eine gemeinschaftliche Aktion von AWA, BN und Schutzgemeinschaft Aubachtal e.V.

Viele Spaziergänger haben den Sandplatz sicher längst entdeckt, der im Jahr 2020 sehr fachmännisch angelegt wurde. Nach Süden ausgerichtet und aufgebaut aus verschiedenen Materialien bietet die Fläche vielen Wildbienenarten ideale Nistbedingungen. Entstanden ist sie durch eine gute Zusammenarbeit der AWA-Ammersee, der Ortsgruppe des Bund Naturschutzes, der Schutzgemeinschaft Aubachtal e.V. und dem Bauhof der Gemeinde Seefeld.
Damit hier Sandbienen, Hummeln und andere Insekten ihre Nester anlegen können, ist es sehr wichtig, dass die Fläche nicht betreten wird. Weder von unachtsamen Spaziergängern, noch von deren Hunden.
In Deutschland gibt es etwa 100 verschiedene Arten von Sandbienen, die oft nur wenige Millimeter groß sind. Am Sandarium finden Sie eine Hinweistafel mit weiteren Informationen. *Udo*

Der Biber

Baumeister am Aubach

Dass der untere Abschnitt des Aubachs vor ca. 25 Jahren ein schnurgerades Gerinne mit befestigten Seitenwänden und weitgehend ohne begleitende Büsche und Bäume war, ist heute kaum noch vorstellbar. Und doch ist es so. Aktuell versucht ein Biber (oder ist es ein Biberpaar?) nicht nur das Wasser aufzustauen, sondern hat auch mit dem Bau einer Biberburg begonnen, die in den letzten Wochen deutlich gewachsen ist. Vielleicht gibt es ja bald Nachwuchs? Wie positiv sich die Arbeiten der fleißigen Nager auf den Verlauf des Aubachs auswirken, ist an vielen Stellen gut zu sehen. Durch die abgeflachten Uferbereiche kann das Bachbett bei Hochwasser deutlich mehr Wasser aufnehmen und so Überschwemmungen verhindern. Hoffentlich wird der neue Damm nicht wieder zerstört - so wie sein Vorgänger! *Udo*

Der Umwelt- und Energieausschuss tagt

von Martin Dameris

Mit etwas Glück kann man im naturnahen Garten auch den Schwalbenschwanz beobachten.

Am 14. Juli 2020 tagte erstmals der neu zusammengesetzte Umwelt- und Energieausschuss. In dieser Sitzung wurden zunächst gemeinsame Ziele genannt und diskutiert. Die SPD forderte, dass die Gemeinde Seefeld ihre Anstrengungen deutlich intensivieren solle, um das Ziel des Landkreises zu erreichen, bis 2035 die Region vollständig mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Zu diesem Thema wird es eine eigene Sitzung geben, bei der die Möglichkeiten der Gemeinde diskutiert werden sollen.

Weiter wurde ein Überblick über gemeindliche Freiflächen gegeben, die im Sinne des Umwelt- und Naturschutzes aufgewertet werden sollen. Das Projekt „Starnberger Land blüht auf“ wird unterstützt. Dazu werden neue Blühflächen angelegt. Das Sandarium am Aubach, ein Hummel- und Erdbienenbiotop, wurde im Sommer 2020 angelegt und in der Sitzung vorgestellt.

Es sollen gemeinsam Standorte in der Gemeinde für E-Ladesäulen für Pkw gesucht werden. Dazu sind auch die Fördermittel durch Bund und Land zu nutzen.

Die SPD schlug vor, dass die Gemeinde wieder einmal einen Ramadama gemeinschaftlich organisiert, bei dem die Bürgerinnen und Bürger und die Vereine aller Ortsteile gemeinsam mitwirken. Als Termin ist nun Samstag, der 20. März 2021 im Gespräch.

In der zweiten Sitzung am 29. September 2020 wurden die Gespräche zu oben genannten Punkten intensiviert. So konnten beispielsweise die Flächen identifiziert werden, die im Frühjahr mit Samen für ortsansässige Blühpflanzen versehen werden. Ein weiterer Punkt war die Bekämpfung der Neophyten, wie Herkulesstaude, Springkraut, Goldrute und andere. Dies ist aufwendig und zum Teil auch schwierig, da die befallenen Flächen teilweise im Privatbesitz sind.

Es wurden die Inhalte des Förderprogramms für regenerative Energieformen besprochen. Die Mitglieder des Ausschusses unterstützen das Programm und geben eine entsprechende Empfehlung an den Gemeinderat.

Schwerpunkte in der dritten Ausschusssitzung am 8. Dezember waren unter anderem die CO_2-Neutralität von kommunalen Gebäuden sowie die Installierung von insektenfreundlicher Straßenbeleuchtung. Dies soll immer dann vollzogen werden, wenn Straßenlampen ausgetauscht werden müssen.

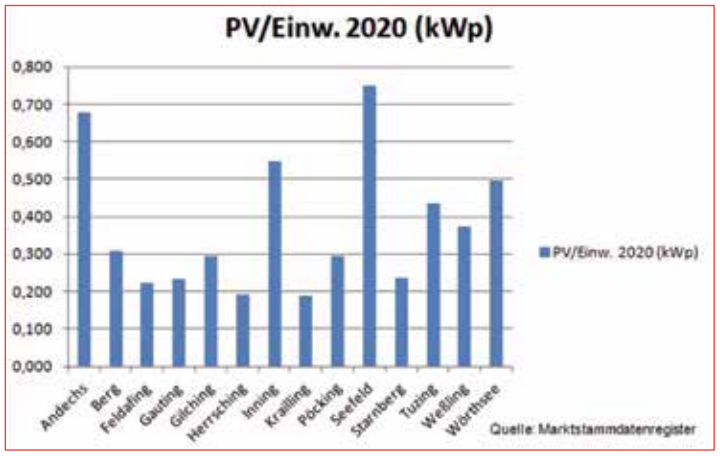
Die Abstellplätze von Fahrrädern im Umfeld der Badeplätze wurde angesprochen. Die SPD schlägt vor, dass entsprechende Fahrradstellplätze in unmittelbarer Nähe zu den Eingängen eingerichtet werden. Dazu sollen auch Autostellplätze „geopfert“ werden. Die Motivation mit dem Fahrrad zum Schwimmen zu gehen, könnte auch dadurch verstärkt werden, dass man dort Ladestationen für E-Bikes einrichtet.

Nicht nur die Gemeinde soll insektenfreundliche Blühflächen anlegen. Auch jeder Gartenbesitzer kann das, selbst im kleinsten Garten.

PV-Status im Landkreis
Seefeld ist Spitzenreiter

von Ernst Deiringer

Die Solarkampagne der vergangenen zwei Jahre, durchgeführt vom Landratsamt und vom Energiewendeverein Starnberg (ELS), hat einen erfreulichen Zuwachs an PV-Installationen bewirkt. Seefeld ist im Landkreis nach wie vor Spitzenreiter bei der installierten PV-Leistung pro Einwohner. Um den Klimaschutz weiter voranzubringen, benötigen wir noch sehr viele zusätzliche Anlagen. Dachflächen stehen genügend zur Verfügung.



Quelle: Marktstammdatenregister

Mit dem Osternest von Quirin wünschen wir Ihnen schöne Ostertage.

Osternest mit blauen Eiern, Quirin, 5 Jahre

Hat Ihnen diese Sonderausgabe gefallen? Oder lesen Sie unsere Artikel lieber im Internet? Wir würden uns sehr über Ihre Rückmeldungen freuen.
Diese Zeitung wird vom SPD-Ortsverein sowie von engagierten Bürgerinnen und Bürgern unserer Gemeinde geschrieben, ausgetragen und finanziert. Ist Ihnen das eine Spende wert?

VR Bank Starnberg
IBAN: DE8270 0932 0000 0782 4050
BIC: GENODEF1STH

Seefeld
SPD